

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erste Ausgabe wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Börsenstraße 18 b.
Telephonruf: Nr. 8892.

Inserate über Stellenvermittlung die sechsgespaltene Kolonelle
1 Mark.
Geschäftsinserte finden keine Aufnahme.

Ja einer Aufl. von **238 700** Exemplaren erscheint diese Ztg.

Die Metall- und Maschinenindustrie in Preussen.

(Schluß.)
Das neue Kinderschutzesch veranlaßt die Fabrikinspektoren, auch der Kinderarbeit ernste Aufmerksamkeit zu widmen. Diese kommt in der Hausindustrie und in den gewerblich-industriellen Betrieben, natürlich auch in solchen der Metall- und Maschinenindustrie, vor. So konstatierten die Inspektoren, daß in ihrem Bezirk 1008 Kinder mit dem Anschnüren von Nähadeln, mit der Herstellung von Angelhaken u. s. w. beschäftigt und davon 441 oder 44 Prozent noch nicht einmal 10 Jahre alt waren; bei weiteren 157 Kindern zwischen 10 und 12 Jahren besteht der begründete Verdacht, daß sie für Dritte arbeiten und daß ihre Beschäftigung unzulässig ist. Die vorgeschriebene Pause zwischen Ende des Schulunterrichtes und Anfang der gewerblichen Tätigkeit wird nur in wenigen Fällen eingehalten. Selbst sechsjährige Knaben sind schon des Morgens um 5 Uhr mit dem Ausstricken von Waren oder bis abends 10 Uhr mit Nadelarbeit beschäftigt. „Die Eltern haben noch recht wenig Verständnis für die Wohlthaten des Gesetzes und die Revisionstätigkeit der ordentlichen Polizeibehörden ist bislang noch so wenig wirkungsvoll, daß noch viel Belehrung, Arbeit und guter Wille einsehen müssen, um die Segnungen des Gesetzes zur Entfaltung zu bringen.“

Von den Maschinenfabrikanten und den Meistern mechanischer Werkstätten im Bezirk Münster wurde öfters darüber geklagt, wie schwer es sei, Lehrlinge zu erhalten. Voller Einsicht erblickten die Herren selber die Ursache davon in der unendlich langen, viel zu langen vierjährigen Lehrzeit, die die maßlose und unerfällliche Ausbeutung und Profitgier der jungen Leuten aufzwingt, aber es wird nicht gewendet, daß sie sich nun mit einer dreijährigen Lehrzeit begnügen wollen. Eine Fabrik hat, um Lehrlinge zu erhalten und zur Ausdauer und zum Fleiß anzuspornen, in dem Lehrvertrag eine am Schluß der Lehrzeit zahlbare Prämie von 200 Mk. vorgesehen. Der Lohn eines Lehrlinges beträgt in diesem Betrieb im ersten Jahre 50 Pf. und steigt in den nächsten Jahren auf 80, 120 und 150 Pf. für den Tag.

Über Lehrlingszucht und -Ausbeutung sowie Mißhandlung werden mancherlei Mitteilungen gemacht. So waren in einer fabrikmäßigen Nadelerei im Berliner Bezirk 16 Lehrlinge, aber kein Gehilfe beschäftigt. „Wegen Gefährdung der ordnungsmäßigen Ausbildung der Lehrlinge“ wurde der Unternehmer veranlaßt, 8 Lehrlinge zu entlassen, die anderen 8 konnte er behalten und wieder als unentgeltliche Arbeitskräfte ausbeuten. Dem Inhaber einer mechanischen Werkstätte, für dessen Betrieb die Aufsichtsbehörde vor zwei Jahren die Zahl der Lehrlinge auf acht herabgesetzt hatte, wurde die Befugnis zum weiteren Halten von Lehrlingen gänzlich entzogen, weil er sich Mißhandlungen der Lehrlinge hatte zuschulden kommen lassen und wegen derartigen Ausschreitungen auch wiederholt gerichtlich bestraft worden war. Auf seine eingelegte Beschwerde milderte der Bezirksausschuß die durchaus berechtigten Maßnahmen dahin, daß ihm das Lehrlinghalten nur auf zwei Jahre entzogen wurde. Schade, denn dann kann er die jungen Proletariatskinder wieder mißhandeln. Im Doppelner Bezirk wurde vom Landrat einem Schlossermeister, der bei 5 Gehilfen, wovon einige erst ausgelehrt hatten, über 20 Lehrlinge hielt, der Auftrag gegeben, deren Zahl auf etwa 12 zu beschränken. Ein Lehrmeister brannte unter Mitnahme des Werkzeugs seiner Lehrlinge durch. Der Wersburger Aufsichtsbeamte fand in einer mechanischen Werkstätte auf 4 Gehilfen 15 Lehrlinge und in einer Schlosserei auf 1 Gehilfen 8 Lehrlinge. Ingesamt waren in der Metallindustrie dieses Bezirkes auf 5295 Arbeiter 961, in der Maschinenindustrie auf 3757 Arbeiter 1528 Lehrlinge vorhanden. Im Mindener Bezirk erwies sich das Bielefelder Landgericht als ein Hindernis für den Lehrlingschutz. Eine Wagenbauanstalt mit 33 Arbeitern unterhält auch eine Hufschmiede. Der Regierungspräsident lehnte wiederholte Gesuche des Unternehmers, die Lehrlinge länger als 10 Stunden und mit unregelmäßigen Pausen beschäftigen zu dürfen, ab, allein das genannte Landgericht schloß sich dieser Stellungnahme nicht an, sondern lehnte seinerseits die Strafverfolgung ab. Der Fabrikinspektor legte gegen diesen Entscheid Beschwerde ein. In demselben Bezirk blüht die Lehrlingszucht ebenfalls. So wurden in drei Maschinen-Schlossereien auf 6 Gehilfen 11 Lehrlinge, auf 4 deren 8 und auf 5 deren 9 beschäftigt. Im Kölnener Bezirk wurde zwei kleineren Maschinenfabriken, die beide eine unverhältnismäßig große Anzahl Lehrlinge hielten, ohne auf deren Ausbildung die nötige Sorgfalt zu verwenden, die weitere Einstellung von Lehrlingen untersagt.

Die weiteren erheblichen Fortschritte der Arbeitszeiterfüllung im Berichtsjahr und die damit erzielten guten Erfolge sind bereits in Nr. 30 (Seite 239 „Wirkungen verlängerter Arbeitszeit“) erwähnt worden. Dazu seien noch ergänzende Bemerkungen gemacht. Der Berliner Gewerbebericht berichtet, daß in einer größeren Maschinenfabrik nach der für die Arbeiter erfolglosen Beendigung des Streiks die tägliche Arbeitszeit auf 9 1/2, für den Samstag auf 8 1/2, Stunden mit Arbeitsluß mittags 1 1/2 Uhr herabgesetzt wurde. „Mit dieser Einrichtung sind beide Teile angeblich zufrieden, auch soll das Blaumachen des Montags sehr zurückgegangen sein, vermutlich, weil die Arbeiter jetzt genügend Zeit zu den gewöhnlichen Ausflügen ins Freie und zur sonstigen Erholung haben.“ Diese Bemerkung des Gewerbeinspektors ist jedenfalls zutreffend. Das wirkliche Mittel zur endgültigen und vollständigen Überwindung auch der letzten Reste von Keigung für den künstlichen blauen Montag ist die erhebliche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, der freie Samstag-

Der blaue Montag spuckt auch noch im Arnberger Bezirk, aber überraschenderweise wird hier amtlich der Zusammenhang mit langer Arbeitszeit konstatiert. So hatte der Gewerbeinspektor zu Gelsenkirchen infolge einer Beschwerde über die übermäßig lange Dauer der täglichen Arbeitszeit in Steinhauereien eine Revision derselben an einem Montag vorgenommen. Und nun gleich im ersten Betrieb waren keine Arbeiter da, weil sie blau machten, während der Unternehmer über das häufige Feiern der Arbeiter klagte. „In manchen Hüttenbetrieben ist es eine ständige Schwierigkeit, an den Montagen die Arbeitsposten vollständig zu besetzen. Der Gewerbeinspektor in Iserlohn fand in seinem Bezirk an einem Montag eine Spiralfederfabrik, die den Betrieb nicht aufnehmen konnte, weil von ihren 80 Arbeitern nur 8 zur Arbeit angetreten waren.“ Wir vermuten, in allen diesen Betrieben, wo der „blaue Montag“ blüht, sind die Arbeits- und Lohnverhältnisse sehr unbescheiden und alle oder doch die meisten Arbeiter unorganisiert. Mit Genugtuung meldet der Breslauer Gewerbebericht, daß „erfreulicherweise die Zahl der Verteiliger der über 10 Stunden hinausgehenden Arbeitszeit aus den Kreisen der Unternehmer immer kleiner wird.“

Die normale tägliche Arbeitszeit wurde wiederum in vielen Fällen durch behördlich bewilligte und andere Überzeitarbeit verlängert. Die Hanauer Bijouterieindustrie hatte bedeutend weniger Überstunden notwendig als in früheren Jahren, weil sich das Geschäft auf das ganze Jahr verteilte.

Mehrfach wird von unerhörter Sonntagsarbeit berichtet. So wurde im Doppelner Bezirk in einer Finkhütte erheblich über 8 Uhr morgens hinaus an Sonntagen bei Bedienung der Destillationsöfen gearbeitet. Erst durch einbringliche Belehrung — nicht etwa durch Bestrafung — ließ sich die Hüttenverwaltung von der Ungültigkeit solcher Betriebsweise überzeugen. In einem Martinstahlwerk hatte man nach nur 18 stündiger Betriebsruhe wieder mit dem Einsetzen der Charge begonnen. Die Arbeiter eines städtischen Gießereiwertes mußten jeden Sonntag von 12 bis 2 1/2 Uhr mittags und von 8 bis 11 Uhr abends Dienst tun.

Im Arnberger Bezirk erwies die Sonntagsarbeit in den Walz- und Hammerwerken eine starke Abnahme. Sie wird auf eine sorgfältigere und eingehendere Prüfung der Bedürfnisfrage durch die Behörden sowie auf den Umstand zurückgeführt, daß auch die Grobblechindustrie sich mit den Unbequemlichkeiten, die mit der Innehaltung einer 24 stündigen Sonntagsruhe unzweifelhaft verbunden sind, nunmehr abgefunden hat.

Wie wohlthätig der Aufsichtsbemte durch sein Eingreifen wirken und schlechte Organisation der Arbeit beseitigen kann, beweist die Mitteilung im Aachener Bericht aus dem Gebiet der Hausindustrie. „Eine Messingwarenfabrik, die in Aachen eine große Anzahl von Familien in der Hausindustrie mit Aufnahmen von Galen und Ofen beschäftigt, nahm die Ausgabe der Arbeiten in den Morgenstunden von 7 Uhr ab vor. Um hierbei möglichst bald an die Reihe zu kommen, stellten sich die noch schulpflichtigen Kinder auf Betreiben ihrer Eltern ohne Rücksicht auf die Jahreszeit und Witterung schon früh morgens vor 6 Uhr am Fabriktor auf. Dieser Mißstand wurde infolge Einwirkung des Gewerbeinspektors durch Verlegung der Warenausgabe in die Zeit von 1 Uhr mittags bis 6 Uhr abends beseitigt.“

Mehrere Mütterchen von gerichtlichen „Strafen“ gegen schuldlose Unternehmer werden ebenfalls wieder vorgeführt. So erhielt im Arnberger Bezirk der Betriebsleiter einer Schraubenfabrik 100 Mk. Geldbuße, weil er längere Zeit 120 Arbeiterinnen über die zulässige Dauer hinaus arbeiten ließ. Der Mitinhaber einer Schrauben- und Beschlägefabrik, der 40 Arbeiterinnen längere Zeit täglich 11 1/2 Stunden beschäftigte, verfiel in eine „Geldstrafe von 25 Mk.“ Der Besitzer einer Fahrradkettenfabrik wurde zu „21 Mk. Geldstrafe“ verurteilt, weil er zwei Arbeiterinnen trotz Verwarnung an den Samstagnachmittagen nach 5 1/2 Uhr und an einigen anderen Tagen länger als 11 Stunden beschäftigt hatte. Weiter wurde ein Schraubstockfabrikant wegen Nichtbeachtung einer Polizeiverordnung über den Betrieb und die Anlagen zum Schleifen, Polieren und Putzen von metallenen Gegenständen mit 10 Mk. „bestraft“. Derartige „Strafen“ werden wirfen!

Im Arnberger Bericht werden auch lohnstatistische Angaben gemacht. Danach betrug in den Jahren 1902/1903 das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Arbeiters des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation (insgesamt 4529 Arbeiter) 1215,29 Mk., in 1903/1904 1253,69 Mk., um 3,16 Prozent mehr; im Gußstahlwerk Witten (1379 beziehungsweise 1423 Arbeiter) 1127,90 beziehungsweise 1140,76 Mk., um 1,14 Prozent mehr; im Halper Eisen- und Stahlwerk in Halpe (945 beziehungsweise 1090 Arbeiter) 1314,93 beziehungsweise 1335,52 Mk., um 1,57 Prozent mehr; im Phönix, Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb Hamm, Lippstadt und Nachrodt (3760 Arbeiter) 1233,60 beziehungsweise 1288,67 Mk., 4,46 Prozent mehr; im Förder Bergwerks- und Hüttenverein, Abteilung Hermannshütte (4613 beziehungsweise 4559 Arbeiter) 1900,48 beziehungsweise 1864,10 Mk., 4,81 Prozent mehr. Für die weitere Beurteilung der im Berichtsjahr in der Grobblechindustrie herrschenden Lohnverhältnisse dürften die folgenden Angaben über die in einem Dortmunder Eisen- und Stahlwerk in den Monaten Januar bis Oktober bezahlten durchschnittlichen Schichtlöhne — bei deren Berechnung Erhöhungen des Lohnfußes durch Überschichten außer Betracht geblieben sind — von Interesse sein. Es zeigten die Arbeiter im Thomawerk 5,52 Mk., die Arbeiter an Kalkofen 4,70 Mk., Schloffer und Schmiebe 3,87 Mk., Stahlgießer 3,69 Mk., Plaz- und Refektorarbeiter 3,30 Mk., die Arbeiter im Martinwerk 5,04 Mk., in den vier Walzwerken 4,47 Mk., 4,69 Mk., 5,28 Mk. und 5,61 Mk., die Arbeiter der Abzugslage 3,55 und 4,14 Mk., die Arbeiter auf dem Trügerplatz 3,82 Mk., die Walzendreher 3,56 Mk., die Arbeiter im Blechwalzwerk 4,25 Mk., die Arbeiter im Drahtwalzwerk 4,59 Mk., die Arbeiter im Hammerwerk 4,12 Mk., die Arbeiter der Steinfabrik 4,34 Mk., die Arbeiter der Phosphatfabrik

4,34 Mk. Daraus ziehen wir den Schluß, daß diese Lohnverhältnisse noch recht verbesserungsbedürftig sind.

In einer ganzen Reihe von Berichten werden auch Streik- und Lohnbewegungen der Metallarbeiter erwähnt, in der Regel unter knapper Angabe der strittigen Forderungen und des Ausgangs des Kampfes. Der Wiesbadener Berichterstatter erwähnt einen Fall, in dem der Inhaber einer großen Fabrik der elektrischen Industrie die Hilfe des Metallarbeiter-Verbandes in Anspruch nahm, um den Widerstand seiner Arbeiter gegen die Einführung eines neuen Lohnberechnungssystems zu überwinden, was durch allseitige Aufklärung auch gelang.

Über die Arbeiterorganisationen wird wie seit Jahren entsprechend der Möller'schen Anweisung nichts gesagt, sie werden nur erwähnt. Aus diesen kurzen Erwähnungen ist nicht viel zu entnehmen, der Arnberger sagt zum Beispiel, daß der christlich-nationale Verband in Siegen zurückgegangen ist und 3500 Mitglieder noch zählt. Nun trotz Möller und Genossen marschieren wir doch und arbeiten tatkräftig jeden Tag an der Förderung der Arbeiterinteressen, an der Hebung der Lebenslage der Arbeiter.

Wirtschaftliche Rundschau.

Über die Ergebnisse des Monats Juli auf wirtschaftlichem Gebiet liegen noch keine Nachrichten vor. Dagegen war in den letzten Wochen noch manches über das erste Halbjahr 1905 zu erfahren.

Der Vierteljahrsmarktbericht in „Stahl und Eisen“ für das zweite Quartal zeigt keine besonderen Züge. Nur das eine ist bemerkenswert, weil nicht immer genug gewürdigt, daß in den Berichten eine noch so gute Konjunktur mit scheelen Augen betrachtet wird, wenn sie nicht Kartellprofite bringt. So heißt es diesmal: „Im ganzen und großen zeigte der deutsche Markt in der Berichtszeit eine zunehmende Aufnahmefähigkeit und so würde die allgemeine Lage als eine durchaus gute zu bezeichnen sein, wenn nicht der Zusammenbruch der Drahtverbände hier und da wiederum ein gewisses Mißtrauen erweckt hätte.“

Das Sportgeschäft des Stahlwerk-Verbandes war im allgemeinen schwächer, hauptsächlich wegen des bekannten Rückschlages der amerikanischen Konjunktur und der „abwartenden Haltung“ des englischen und belgischen Marktes. Für Formeisen scheint die Konkurrenz des nordenglischen und schottischen Werks dem Stahlwerk-Verband trotz seiner billigen Auslandspreise den britischen Boden heiß zu machen. Der Verband nach der Schweiz wurde von einem Streik der Schweizer Bauhandwerker ungünstig beeinflusst. In Italien regt sich die einheimische Produktion seit längerer Zeit lebhaft; sie wird jetzt auf etwa 50000 Tonnen Formeisen jährlich geschätzt, so daß der Wettbewerb der deutschen Werke immer schwieriger wird.

Der Stabeisenmarkt antwortete auf eine Steigerung der Preise prompt mit einer Abnahme des Konsums — nicht immer lassen sich die Preise treiben. Schweifstabeisen erfuhr eine Preiserhöhung von 3 Mk. pro Tonne und Flußstabeisen eine solche von 2 bis 7 Mk. Diese beiden Sorten sind übrigens nach der Statistik die einzigen, deren Preise in Rheinland-Westfalen in der Berichtszeit erhöht wurden. Für Oberpfälzen gibt der Bericht mehr Preiserhöhungen zu und erwähnt besonders die des Gießereiroheisens. Nach einer neueren Meldung haben der Stahlwerk-Verband, das Rheinisch-Westfälische und das Siegerländer Roheisen Syndikat beschlossen, die Preise für das vierte Quartal dieses Jahres nicht zu erhöhen.

Die Ausführlisten für Juni, die dem „Stahl und Eisen“ bei Abfassung seines Vierteljahrberichts noch nicht vorlagen, bekräftigen den Rückgang der Ausfuhr obwohl die nachstehenden Gesamtlisten eine Zunahme zeigen:

	Ausfuhr Tonnen	Ausfuhr Tonnen	Ausfuhr-überschüss Tonnen
1. Halbjahr 1905	147 966	1 485 935	1 337 969
1. " 1904	181 465	1 415 901	1 234 436
1. " 1903	133 456	1 330 801	1 697 345

Aus der Eisenindustrie des Westens, dem Hauptgebiet der Berliner Börsenspekulation, liegen wieder viele Berichte vor. Zunächst vollzog sich wieder einmal eine kleine Verschmelzung, genauer gesprochen, die Aktiengesellschaft Louis Schwarz & Co. in Hemelingen erwirbt die Stahl- und Eisenaktiengesellschaft in Aplerbeck zu billigem Preise. Schwarz zahlt 48000 Mk., übernimmt eine Obligationsschuld Aplerbecks von 360000 Mk. und gibt dessen Aktien 120000 Mk. neuer Aktien. Zu diesem Zwecke erhöht Schwarz sein Kapital von 700000 Mk. auf eine Million. Die Stahl- und Eisenaktiengesellschaft löst sich auf.

Die Hoffe war sehr enttäuscht, als sie vernahm, daß der Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation „nur“ 12 Prozent Dividende für das Jahr 1904/1905 verteilen werde. Sie hatte 14 Prozent erwartet, obwohl es nur 10 Prozent im vorigen Jahre gegeben und der Bergarbeiterstreik Verluste gebracht hat. Der erzielte Bruttoüberschuß beträgt 4 600 000 Mk. (im Vorjahr 4 400 000 Mk.), zu Abschreibungen dienen 1 100 000 Mk. (1 140 000 Mk.), wonach als Reingewinn 3 500 000 Mk. (3 260 000 Mk.) verbleiben. Hiervon dienen 2 024 000 Mk. (2 520 000 Mk.) zur Ausschüttung der vorerwähnten Dividende und 800 000 Mk. (1 000 000 Mk.) werden an die Pensionskassen abgeführt. Über die Verwendung der restlichen 426 000 Mk. werden Mitteilungen noch nicht gemacht; im Vorjahr wurden 800 000 Mk. der Baare-Geldrückstellungen überwiesen.

Der Bochumer Verein war die erste unter den großen Eisenindustrieunternehmen, die über ein in dieses Jahr hinreichendes Geschäftsjahr den Abschluß veröffentlichten. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung warnte, als sie ihn besprach, davor, aus den obigen Ziffern einen Schluß auf die Dividende anderer Hüttenwerke zu ziehen. Der Bochumer Verein sei in besonders günstiger Lage, weil er einen Teil seiner Zechen zu hohem Preise verkauft habe. Über ein wenig

Zuge später veröffentlichter Bericht des Kaiser Eisen- und Stahlwerkes übertrifft den Buchumer noch bei weitem. Gasse hat in diesem Jahre seinen Profit auf ein um zwei Millionen erhöhtes Aktienkapital zu verteilen, das heute Kapital „arbeitete“ aber noch nicht, weil das Hochwasser noch im Bau sich befindet. Dennoch wird die Dividende erhöht. Von 1 184 000 M. Rohgewinn (im Vorjahr 811 000 M.) sollen für Abschreibungen verwendet werden: nach bisherigen Sätzen 834 182 M., Extra-Abschreibungen 50 000 M., zusammen 884 182 M. (869 801 M.). Von diesem Betrag werden dem Reservefonds 50 000 M. (100 000 M.) zugeführt, wozu durch die Reserve die Höhe von 1 500 000 M. gleich 80 Prozent des Aktienkapitals überschreiten. Zantiemen erfordern: 87 687 M. (47 268 M.), bleiben zur Verfügung der Generalversammlung 612 446 M. (665 537 M.), für deren Verwendung folgender Vorschlag gemacht wird: Dividende 9 Prozent gleich 450 000 M. (8 Prozent gleich 240 000 M.), Beamtenpensions- und Arbeiterunterstützungsfonds 84 504 M. (80 000 M.), Gratifikation an die Beamten, Unterstützungen an alte Arbeiter und Witwen und für gemeinnützige Zwecke 80 000 M. (25 000 M.), Vortrag auf neue Rechnung 97 942 M. (90 887 M.).

Nicht übel ist auch der Jahresabschluss der Eisenwerksgesellschaft Magimilianshütte in Rosenburg (Oberpfalz). Sie schwimmt im Gelde. Aus einem Reingewinn von 4 198 000 M. (im Vorjahr 3 491 000 M.) werden nur 1 406 000 M. (im Vorjahr 1 054 000 M.) zur Zahlung einer Dividende von 400 M. (800 M.) pro Aktie verwendet, der „Rest“ aber für andere Zwecke, darunter 100 000 M. für einen außerordentlichen Unterstützungsfonds.

Die Bergbau- und Hüttenwerksgesellschaft Friedrichshütte in Neumünster (Bezirk Rensberg) hat hingegen nur 14 000 M. Reingewinn und verteilt keine Dividende.

Auch in der Metallwarenindustrie gibt es wieder eine kleine zwangswise Verschmelzung. Wir berichteten kürzlich, daß die Deutsche Bachwischmetallaktiengesellschaft in Nürnberg durch das „Verschwinden“ eines Bankiers in eine zweifelhafte Situation geraten sei. Über siehe da, in der Generalversammlung stellte es sich heraus, daß das große Alexanderwerk A. von der Rahrer Aktiengesellschaft in Remscheid jetzt die Majorität der Aktien besitzt und auf den Stuhl des Vorsitzenden sitzt, bereits gewählt von der Generalversammlung, Herr Wilhelm von der Rahrer. Die anderen Mitglieder des neuen Aufsichtsrats sind ebenfalls Remscheider Leute. Immerhin, die Bachwischgesellschaft scheint derart gerettet zu sein.

Das Osnaabrücker Kupfer- und Drahtwerk hat einen Reingewinn von 81 000 M. (im Vorjahr 88 000 M.) und verteilt 5 Prozent Dividende (im Vorjahr 3 Prozent).

Recht kennzeichnend für die Lage eines Teiles der Berliner Metallwarenindustrie erscheint uns der folgende Bericht, den die Aktiengesellschaft vormals C. F. Stobwasser verfaßt hat. Die Gesellschaft hat sich die Durchführung des in den letzten Jahresberichten mehrfach erwähnten Programmes auf das äußerste angelegen sein lassen und demgemäß im abgelaufenen Geschäftsjahr die kunstgewerbliche Herstellung von Beleuchtungsartikeln namentlich fast gänzlich eingestellt, sich dagegen der Fabrikation von Massenartikeln zugewandt. Die hierdurch bedingte Umwälzung des Betriebes war ohne größere Unkosten naturgemäß nicht durchführbar, indem die neu aufgenommener Artikel erhebliche Kosten für Vorzüge, Neueinführung u. s. w. verursachten, denen ein entsprechender Gewinn noch nicht gegenüberstehen konnte. Andererseits schritt die Verwaltung energischer zur Abschloßung beträchtlicher, in den Rahmen des zu pflegenden Geschäftsbetriebes nicht hineingehörender Bestände älterer Lagerwaren, die, insbesondere auch in Anbetracht der anhaltend ungünstigen Konjunktur für Beleuchtungsartikel, teilweise zu verlustbringenden Preisen abgesetzt wurden. Der langanhaltende Streik in der Beleuchtungsbranche hat in seinen Folgen ebenfalls Verluste gezeitigt, so daß, obwohl die Abschloßarbeiten zurzeit noch nicht völlig beendet sind, sich doch bereits übersehen läßt, daß durch die Zusammenziehung aller dieser Umstände das verfloßene Geschäftsjahr wiederum eine größere Unterbilanz ergeben wird. Die Durchführung der Umwälzung des Geschäftes- und Fabrikbetriebes oder Aufnahme neuer Artikel, womit mehr und mehr vorzugehen auch andere große Firmen der Beleuchtungsbranche sich veranlaßt sehen, war nur möglich dank der bestehenden kräftigen finanziellen Lage der Gesellschaft, bei der am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahrs die Außenstände mit den Geschäftsschulden ungefähr balancierten. Daraus, so daß die gesamten vorhandenen Bestände, Maschinen und sonstigen Anlagen, abgesehen von dem Überschuß des Grundstückes über die Hypothekenbelastung, unverwundbar sind. Nach den bisher gemachten Erfahrungen darf man wohl angenommen werden, daß die neuen Massenartikel dazu beitragen, der Gesellschaft, wenn auch nur allmählich, wieder zu besseren Erfolgen zu verhelfen, da diese sowohl bei dem Publikum wie auch bei Behörden großen Interesse begegnen, wofür bereits vorliegende zahlreiche Proben wie feste Drehtische sprechen.

Der Geschäftsbericht eines großen Unternehmens in der Uhrenindustrie verdient ebenfalls Beachtung. Die Vereinigten Uhrenfabriken von Gebrüder Junghans und Thomas Haller in Schramberg erzielten im Geschäftsjahr 1904/05 auf Warenrechnung einen Gewinn von 1 366 690 M. (2 117 564 M.). Dagegen erforderten allgemeine Unkosten 1 156 739 M. (1 066 914 M.), Abschreibungen 241 616 M. (235 437 M.), Verluste auf Ausstände 5448 M. (8023 M.) und Anleihenkosten 0 (112 895 M.). Der Reingewinn von 588 818 M. (708 648 M.) wird wie folgt verteilt: Rücklage 28 144 M., Gewinnaufteile 57 475 M., Rücklagen u. s. w. 13 000 M. (15 000 M.), 7 1/2 Prozent (9 Prozent) Dividende gleich 550 000 M. (540 000 M.) und Vortrag 40 199 M. (26 931 M.). Nach dem Geschäftsbericht ist es, obwohl der russisch-japanische Krieg, der geschäftliche Druck in England und eine bedeutende Follerhöhung in Frankreich diese wichtigen Absatzgebiete während beeinflussten, möglich gewesen, den Umsatz auf der Höhe des Vorjahres zu halten, wenn auch die Verkaufspreise besonders für die billigen Waren erniedrigt werden mußten. Hieraus sowie aus den gestiegenen Löhnen und Preisen für Rohstoffe erklären sich der nicht unerhebliche Rückgang des Gewinnes. Im neuen Geschäftsjahr sei der Geschäftserfolg bis jetzt befriedigend, doch seien die Preise fast wie vor gedrückt.

Die Amaturen- und Maschinenfabrik Westphalia in Gelsenkirchen berichtet über das erste Geschäftsjahr seit Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, und dieses Jahr war hauptsächlich ein Bau- und Anlagensjahr. Demnach beträgt der Reingewinn 59 000 M., hinreichend für eine 6-prozentige Dividende (38 000 M.) und 200 000 M. für Aufsichtsrat und Direktoren. Das Kapital muß von 400 000 auf 800 000 M. erhöht werden, und die Ausstände im neuen Jahre sind gering.

Der neueste und vor der Vereinigung mit Felten & Guillaume letzte Geschäftsbericht der Aktiengesellschaft vormals P. H. Meyer & Co. in Frankfurt a. M. enthält manches Interessante. Das am 31. März abgeschlossene Jahr brachte einen Betriebserfolg von 4 765 571 M. (im Vorjahr 3 722 281 M.), wozu noch der Vortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 20 881 M. tritt. Andererseits erforderten Zinsen 1 066 010 M. (1 062 344 M.) und Unkosten 1 856 040 M. (1 480 699 M.); für zweifelhafte Forderungen werden 58 000 M. (64 288 M.) zurückgestellt und zu Abschreibungen auf eigene Werte 23 528 M. (23 258 M.), auf die Fabrikanlagen 23 216 M.

(279 115 M.) vermindert, wonach ein Reingewinn von 1 272 585 M. (616 682 M.) verbleibt, wozu die Verteilung einer Dividende von 5 Prozent (im Vorjahr 2 1/2 Prozent) vorgeschlagen wird. Die stärkere Beschäftigung der Fabrikationsabteilung hat während des ganzen Berichtsjahrs angehalten und eine weitere Steigerung erfahren, so daß auch die Zahl der in Auftrag erhaltenen und abgelieferten Maschinen, Apparate und Zubehör erheblich über die gelieferten Maschinen, Apparate und Zubehör erheblich über die Vorjahreszahlen hinausgegangen ist. In den Aufträgen waren enthalten: 5285 Maschinen mit einer Gesamtleistung entsprechend 1 710 000 Pferdekraften, gegen 3033 Maschinen mit einer Gesamtleistung entsprechend 1 400 000 Pferdekraften im Vorjahr. Abgeliefert wurden 4733 Maschinen mit einer Gesamtleistung entsprechend 1 640 000 Pferdekraften, gegen 2772 Maschinen mit einer Gesamtleistung entsprechend 1 100 000 Pferdekraften im Vorjahr. Die Durchschnittsleistung der in Auftrag erhaltenen Maschinen war demnach 32 (48) Pferdekraften und der abgelieferten 34 (40) Pferdekraften. Aus diesen Zahlen geht der zunehmende Einfluß der zahlreichen Kleinmotoren und der kleineren Anlagen überhaupt hervor. Der Bericht sagt weiter: Da sowohl der am Schlusse des Jahres vorhandene gewesene Auftragsbestand, wie auch die weiter hinzugekommenen Neuaufträge sehr erheblich über die Vorjahreszahlen hinausgehen, so kann mit einer gewissen Zuversicht auch den Ergebnissen des neuen Jahres entgegengeesehen werden, vorausgesetzt, daß die allgemeine Lage keine Verschlechterung erfährt. Über die Vereinigung von Lahmeyer mit Felten & Guillaume haben wir an dieser Stelle schon hinreichend berichtet. Bemerkenswert ist auch, daß der Lahmeyer'sche Geschäftsbericht als einen der wesentlichen Vorteile dieser Vereinigung die Hebung des Exportgeschäftes bezeichnet, da Vertretungen und Unternehmungen im Ausland sich gegenwärtig fördernd ergänzen werden.

Wir erwähnten kürzlich, daß Projektierungsarbeiten für die Umwandlung der Schweizer Vollbahnen in elektrisch betriebene im Gange sind. Wie die Frage der elektrischen Zugförderung heute steht, was erwartet und was praktisch nicht erwartet werden darf, zeigt die Vorträge, die Dr. Eichberg von der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in einem Vortrag auf der Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure sog. Dr. Eichberg betrachtet als das Gebiet der elektrischen Zugförderung die Stadt- und Vorortbahnen wegen der größeren Schnelligkeit des Anfahrens und der besseren Anpassung an die jeweilige Verkehrsbedürfnisse, die Kleinbahnen, auf denen kleine Zugeinheiten in kurzen Zeitabständen statt schwerer Dampfzüge in großen Abständen verkehren sollen und die Haupt- und Nebenbahnen im Gebirge, wo die billigen Wasserkräfte den elektrischen Betrieb in den meisten Fällen wirtschaftlicher gestalten als den Dampftrieb. In dieser Aufzählung liegt immerhin einige Mängel. Über das Stromsystem der Zukunft ist Dr. Eichberg der Meinung, daß nur hochgespannter Einphasenwechselstrom, zugeleitet durch einfache Oberleitung und nicht durch eine dritte Schiene, den Anforderungen des Eisenbahnbetriebs entspricht und er weist auf die in den letzten Jahren erzielten Erfolge hin, einen Einphasenwechselstrommotor für Bahnzwecke zu bauen.

Die Siemens-Schuckertwerke in Berlin gründeten in Bukarest eine Filiale mit einem Kapital von 500 000 Fr.

Elektrische Kraftzentralen.

Auch der Gegner muß anerkennen, daß die Herren Thyssen und Stinnes ebensoviel durch organisatorische Maßnahmen wie durch Anwendung der technischen Fortschritte in großem Stile die Leistungsfähigkeit der deutschen Montanindustrie in einer großartig gedachten Weise zu steigern verstanden. Schon längst haben wir in Industrieorten und Städten kleinere und größere elektrische Kraftzentralen. Aber es ist bisher selbst in Großstädten niemandem eingefallen, diese Zentralen in den Dienst der Industrie zu stellen mit der Absicht, dadurch die Herstellungskosten der Produkte gegen ihren bisherigen Stand wesentlich herabzubringen. Wohl lieferte man auch bisher Strom für Kraftzwecke, aber den Gebauten, durch Massenabgabe von Strom für den gewerblichen Betrieb die Kosten für die elementare Kraft ganz beträchtlich herabzubringen, hat bis jetzt noch kein Elektrizitätswerk zu verwickeln gesucht. Da kommen die beiden Herren aus Rheinaid-Weßfalen, die bisher nur durch ihre Fusionstätigkeit auf dem Gebiet der Montanindustrie bekannt waren und kaufen das rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk auf, um es zu einer Kraftzentrale größten Stils für den ganzen rheinisch-westfälischen Industriebezirk umzugestalten. Schon die bisherige Entwicklung dieses Elektrizitätswerkes war vielversprechend. Erreichte im Jahre 1900 mit einem Aktienkapital von 3 750 000 M., wurde dieses schon 1902/03 auf 10 Millionen erhöht. Das Werk stellte sich von vornherein die Aufgabe, die Großindustrie zur Abnahme von elektrischer Kraft heranzuziehen und bis zu einem gewissen Grade ist dies auch gelungen. Das Kabelnetz der Gesellschaft dehnte sich bald nicht nur auf die Stadt Essen und auf Altenhof aus, sondern wogte nach und nach und entfernten Orten der Umgebung ab. Im Jahre 1902 wurden an das Werk angeschlossen die Gemeinden Weiden, die Stadt Mülheim, die Gemeinden Alstede, Weidenich, Rüttenscheid, Reithwig v. d. Brücke und Krag. 1904 folgten Hamborn, Brebesow, Kellinghausen, Gladbeck, Borbeck, Winkard. Inzwischen sind neue Stromlieferungsverträge mit noch anderen Gemeinden perfekt geworden. Über die Steigerung des Stromverbrauchs unterrichten nachfolgende Ziffern. In den verschiedenen Geschäftsjahren wurden an Strom abgegeben:

Geschäftsjahr	Kilowattstunden
1900/01	2776688
1901/02	3778223
1902/03	5046878
1903/04	6882748
1904/05 bis 1. April 1905	8201973

In Geschäftsjahr 1904/05 wäre der Stromabfah noch erheblich größer gewesen, wenn die 10 000 Pferdekraftige Maschinenanlage rechtzeitig zum 1. Juli 1904 geliefert worden wäre. Die Lieferung hat sich aber bis Anfang April 1905 verzögert. Auf Grund des Anbindevertrages waren aber schon erhebliche Abschüsse mit einer Reihe großer Werke getätigt, so daß alles daran gesetzt werden mußte, um nicht in die größten Verlegenheiten zu kommen. Schon die jetzige Steigerung des Stromabfahes ermöglichte es dem Elektrizitätswerk, mit dem Strompreis erheblich heranzugehen. Am 1. Oktober 1905 wurde ein Tarif für Beleuchtung zum Preise von 40 Pf. pro Kilowattstunde eingeführt, durch den den gleichzeitig sich Anschließenden in den ersten drei Jahren noch 20 Prozent Rabatt gewährt wurde. Dieser Tarif hat eine unerwartet große Anzahl neuer Anschlüsse zur Folge gehabt, so daß schon im Berichtsjahr 1903/04 der Preis für Lichtzwecke weiter erniedrigt werden konnte: in Westfalen an das Werk angeschlossen Gemeinden wurde der Lichtstrompreis auf 32 Pf. pro Kilowattstunde herabgesetzt.

Die bisherige Entwicklung der elektrischen Kraftzentrale ist aber gegenüber den Plänen, die Stinnes und Thyssen verwickeln wollten, befriedigend. Die beiden Industriefirmen, die auf das rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk in Essen einen entscheidenden Einfluß ausüben, wollen das städtische Elektrizitätswerk in Dortmund ankaufen, um von den zwei Hauptstützpunkten Essen und Dortmund aus das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet, die Bezirke Essen- und Stahlwerke, die Fabriken aller Gewerbe, die Straßenbahnen, Eisen, die Städte und

die kleinen Gemeinden mit Elektrizität für Kraft- und Lichtzwecke zu versorgen. Die Gruppe Stinnes-Thyssen hat der Stadt Dortmund 11 Millionen Mark für das mit 6,7 Millionen zu Buche stehende städtische Werk und außerdem 6 Prozent von der jährlichen Rohabnahme geboten. Der Magistrat von Dortmund soll dem Verkauf nicht abgeneigt sein, da Dortmund schon heute mit dem Essener Werke, das den Strom um 20 bis 25 Prozent billiger abgibt, nicht konkurrieren kann und deswegen durch das Essener Werk in seiner Ausdehnung gehemmt werden würde. Schon jetzt hat nämlich das Essener Werk mit der Stadt und dem Kreis Hörde wegen Lieferung von elektrischem Strom abgeschlossen und der Landkreis Dortmund dürfte diesem Beispiel bald folgen. Es schweben bereits Verhandlungen wegen Abgabe von Kraft für Straßenbahnbetrieb und Lichtzwecke. Falls Dortmund die Kaufofferte ablehnt, wird in Castrup eine zweite große Kraftstation errichtet werden. Das Stinnes- und Thyssen den Plan einer systematischen Versorgung des Industriegebietes mit billigem Licht- und noch billigerem Kraftstrom mit der ihnen eigenen Energie verfolgen, das sieht man daran, daß die Kapitalkraft des Unternehmens bedeutend gesteigert werden soll, und zwar auf nicht weniger als 100 Millionen Mark. Die Durchführung des Projektes bedeutet eine totale Umwälzung in der Versorgung der Industrie mit Betriebskraft. Während bisher jeder einzelne Betrieb seine eigene Maschinenanlage mit Bedienungsmannschaft haben mußte, um Betriebskraft zu gewinnen, speist in Zukunft die elektrische Zentrale durch einfache Zuführung des Kabels die industriellen Betriebsstätten sowie auch die Kohlenzechen. Die elektrische Zentrale kann aber, je größer der Stromabfah ist, desto billiger den Einheitsfah pro Kilowattstunde stellen, jedenfalls ganz erheblich billiger, als es dem einzelnen Betrieb bisher möglich war. Auch hier ist der Großbetrieb ökonomischer und rationeller, als eine Summe kleiner selbständiger Betriebe. Billige Betriebskraft ermöglicht aber auch Erniedrigung der Herstellungskosten der Produktion für die rheinisch-westfälische Montanindustrie in allererster Linie. Und darin liegt vor allem die Tragweite des großangelegten Planes: bei dem immer schärfer entbrennenden Wettbewerb auf dem Weltmarkt ist jede Steigerung der Leistungsfähigkeit, die durch eine Verbilligung des Betriebes zweifellos herbeigeführt wird, als ein wirtschaftlicher Fortschritt zu begrüßen. Das Vorgehen der Thyssen und Stinnes auf dem Gebiet der Kraftversorgung für gewerbliche Zwecke dürfte nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland bald Nachahmung finden.

„Christliches“.

In Nr. 31 der Metallarbeiter-Zeitung ist eine Erklärung aus Mülheim a. Rh. enthalten, in der auf einen Artikel des „Christlichen“ Metallarbeiter verwiesen und eine „Abrechnung mit den Brüdern in Christo“ in Aussicht gestellt wird. Da aber die Lügen und Fälschungen des „Christlichen“ Metallarbeiterblattes von der Zentralspreß bis zu den Kirch-Dunkerschen Papieren kolportiert werden, so müssen wir unseren Mülheimer Kollegen schon etwas vorgreifen. In dem Artikel des „Christlichen“ Metallarbeiter ist behauptet, daß unsere Verbandsleitung einem Streik der Arbeiter bei Felten & Guillaume deshalb nicht zugestimmt habe, weil die finanziellen Mittel des Metallarbeiter-Verbandes „erschöpft“ seien. Das ist eine doppelte Lüge. Wären die Mittel unseres Verbandes erschöpft, dann könnte er nicht Duzende von Lohnbewegungen weiter unterstützen, wie es tatsächlich zurzeit der Fall ist! Von diesen Lohnbewegungen erfordern einige sehr hohe Summen — Summen, die der „Christliche“ Verband in keinem einzigen Falle zu leisten imstande wäre. Von dem Genossen Wallbrecht wurde allerdings von einem Streik abgeraten mit Rücksicht auf die schwebenden Lohnbewegungen, mit Rücksicht auf die Aussperrung an der Unterweser u. s. w. Wenn der „Christliche“ Metallarbeiter nach der „überlegenen“ Taktik, die ihm nach seinen fortwährenden Versicherungen eigen, handeln würde, wenn es ihm nicht darum zu tun wäre, das absurdste und verlogenste Zeug über den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verbreiten, dann müßte er diese Stellungnahme geradezu billigen. Das, was Wallbrecht gegen die ArbeitsEinstellung geltend machte, war aber nicht der einzige Grund!

Wenn man die gemeine Kampfweise der „Christlichen“ Brüder richtig ermessen will, dann muß man die Stellung betrachten, die sie zu der Frage der ArbeitsEinstellung bei Felten & Guillaume eingenommen haben. Und da hat der Vorsitzende des „Christlichen“ Verbandes, Herr Wieber, in einer Versammlung erklärt, daß er unter keinen Umständen den Streik bewilligen werde, auch dann nicht, wenn alle anderen Verbände beschließen würden, in den Streik zu treten! Vielleicht teilt Herr Wieber nachträglich noch mit, wie seine Erklärung von „seinen“ Mitgliedern aufgenommen wurde. „Böse Zungen“ behaupten nämlich, sie hätten ihm die Faust unter die Nase gerieben. Die Erklärung Wiebers war also in erster Linie mit ausschlaggebend für die Stellung der anderen Verbände. Denn wie der „Christliche“ Metallarbeiter behauptet, wären auf dem Werke in Mülheim 700 Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes in Frage gekommen. Nachdem diesen vom „Christlichen“ Verband das Streiken von vornherein untersagt war, hätten sie als „Arbeitswillige“ den Erfolg eines Streiks sehr in Frage stellen können. Wenn die Firma von einem größeren Streik verschont geblieben ist, hat sie es in erster Linie dem „Christlichen“ Metallarbeiter-Verband zu verdanken.

Warum aber hat Herr Wieber seine Erklärung abgegeben? Darüber schweigt er sich vollständig an. Der Grund liegt einfach darin: bei einem Streik wären 700 Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes beteiligt gewesen, eine Zahl, die bei längerer Dauer des Streikes dem „Christlichen“ Verband große Summen gekostet, ihn bankrott gemacht hätten! Angesichts dieser Tatsache ist es gewiß der Gipfel der Unverschämtheit, zu schreiben, der „Christliche“ Verband habe „den freien Metallarbeiter-Verband nicht in Verlegenheit bringen wollen und deshalb von einem Kampfe abgesehen“.

Der „Christliche“ Verband handelt auch in diesem Falle nur nach dem bekannten „Pakt den Dieb!“ Während er über den Deutschen Metallarbeiter-Verband die Lüge verbreitet, er sei mittellos, steht er in jeder Nummer die Mitglieder des „Christlichen“ Verbandes an, Gelder zur Unterstützung der Streiks zu sammeln, Extrabeiträge zu erheben. In Nr. 14 jammert er, daß im ersten Halbjahr 1905 doppelt so viel an Streikunterstützung bezahlt werden mußte wie 1904. Danach kann man auch die Brut des „Christlichen“ Metallarbeiter verstehen, die er auf unseren Verband hat. Denn wir haben es nicht nötig gehabt, trotz der bayerischen Aussperrung, trotz all der zahl- und opferreichen Kämpfe dieses Jahres, unsere Mitglieder zu außerordentlichen Leistungen heranzuziehen.

Daß es beim „Christlichen“ Verband einzig und allein der Geldmangel ist, der Wieber zu seiner Erklärung veranlaßt, geht aus daraus hervor, daß dieser selbe „Christliche“ Verband auf „Rote Erde“ bei Kachen die gleiche Taktik befolgt wie in Mülheim. Dort wollten sogar die Kirch-Dunkerschen in einen partiellen Streik eintreten; der „Christliche“ Verband will aber davon nichts wissen, weil er fürchtet, daß es dabei nicht bleiben würde. Dana aber läme der „Christliche“ Verband mit einer ziemlich bedeutenden Mitgliederzahl in Frage. Da er aber tatsächlich nicht über die Mittel verfügt, um einen Streik von 1000 Mann nur auf einige

Wochen aufrecht zu erhalten, deshalb wird gebremst. Daß der „christliche“ Verband leistungsunfähig ist, das muß aber auf irgend eine Weise bemängelt werden: es wird einfach auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband losgelassen! Die „christlichen“ Schächel sollen über die Schwäche ihres Verbandes hinweggetäuscht werden! Denn dessen Stärke wird jetzt nur darin versucht, im entscheidenden Falle ein einziges Vorgehen der Metallarbeiter zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhindern.

Den Führern des „christlichen“ Verbandes passen überhaupt die Erfolge des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht in den Kram. Wie im Hirsch-Dunckerschen Regulator wurde auch im „christlichen“ Metallarbeiter über die Resultate der bayerischen Bewegung geurteilt. Wir versichern den „Christlichen“: wir wissen ihren Schmerz darüber zu würdigen, daß auch sie dabei die Rolle des fünften Rades gespielt haben. Wir glauben nur, daß es ein schlechter Trost für sie ist, wenn sie sich jetzt gleich dem Regulator selbst vorlägen, die Bewegung in Bayern wäre erfolglos gewesen, und wenn sie der Welt glauben machen wollen, daran wäre schuld, daß man die „Christlichen“ nicht zu Rate gezogen habe. Was hätte das nützen können, nachdem die „Christlichen“ der Bewegung von vornherein den Erfolg abgesprochen hatten? Sie waren ja entschlossen, die Bewegung zu vereiteln, statt sie zu fördern! Und die Beispiele von Wülheim und „Rote Erde“ sind wirklich nicht dazu angetan, das Vertrauen zu den „Christlichen“ zu erhöhen.

Die Lügen der „christlichen“ Metallarbeiter sind natürlich ein gefundenes Fressen für die ganze arbeitserfindliche Presse. Von der Westdeutschen Arbeiterzeitung bis zum obstruktiven Vokalblatt werden sie nachgedruckt. Das Zentralblatt der „Christlichen“ leistet sich aber noch etwas ganz besonderes. Es erzählt seinen „christlich-katholischen“ Lesern, der Metallarbeiter-Verband habe „seither seine Bilanz so abgegeschlossen, daß Null von Null aufging“. Der Redakteur, der das „christliche“ Zentralblatt verantwortlich zeichnet, ist Herr Joh. Giesberts, zurzeit Reichstagskandidat für den Wahlkreis Essen. Herr Giesberts ist über die Finanzverhältnisse des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes so gut unterrichtet, daß wir mit Fug und Recht behaupten können, er deckt mit seinem Namen wider besseres Wissen die Unwahrheit, die in der mitgeteilten Behauptung liegt. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hatte Ende 1908 bei einer Ausgabe für Unterhaltungen von 1826618,37 M., trotz der Zersplitterung u. s. w., ein Vermögen von 911635,24 M. Im Jahre 1904 vermehrte sich das Vermögen um 631717,99 M. auf 1543353,13 M. Das alles weiß man in M.-Glabbach recht wohl. Aber es ist nun einmal „christlicher“ Grundsatz, über die freien Gewerkschaften und besonders über den Metallarbeiter-Verband das Blaue vom Himmel herunterzulügen! Das wird so lange gehen, bis die christlichen Arbeiter hinter den „christlichen“ Schwindel kommen.

Ein Musterbeispiel von Lügen- und Verdrehungskunst liefern die „Christlichen“ auch anlässlich des Streiks der Messerschleifer in Solingen. Da wird frisch drauf losgelogen — den Christlichen reden es die Hirsch-Dunckerschen nach — der Metallarbeiter-Verband liefere Streikbrecher. Wie die Dinge in Solingen liegen, ist in diesem Blatte schon wiederholt ausführlich dargelegt worden. Die „Christlichen“ berufen sich auf das Zeugnis der Verglichenen Arbeiterstimme, sie reifen aber dabei Sätze aus ihrem Zusammenhang und fälschen sie für ihren Gebrauch zurecht. Das geschieht wahrscheinlich alles zur „höheren Ehre“ von dem, dessen Worte die „Christlichen“ immer im Munde führen. Es ist wahrlich die ärgste Wäpshemie des Namensträgers des Christentums, was diese Wölfe im Schafspelz täglich mit jüdischer Bosheit verüben!

Hirsch-Dunckersches.

Ein neues Zeitalter soll für den Hirsch-Dunckerschen Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter nun beginnen. Auf seiner Generalversammlung in Chemnitz wurde bekanntlich beschlossen, 12 Agitationsleiter angustellen. Zu diesem Zwecke wurden die Beiträge um wöchentlich 5 Pf. erhöht. Den erhöhten Ansprüchen an die Leistungen der Mitglieder steht aber in Zukunft nicht etwa eine Mehrleistung von Unterhaltungen gegenüber — wie das bei jeder Beitragserhöhung im Deutschen Metallarbeiter-Verband der Fall ist —, sondern die Unterhaltungen wurden ganz bedeutend reduziert. Außerdem wurde für den Regulator ein weiterer Redakteur in der Person des Herrn Gleichauf angestellt, der zugleich den Posten eines ersten Vorstehenden des Gewerksvereins vertritt.

Das sind die „Reformen“, die Herr Erkelenz im ersten Augenblick so ungemein wichtig vorkamen, daß er darüber einen „Leitartikel“ verbrach, auf dessen verschroben Fortsetzung wir mit vielen anderen Mißbegierigen bisher vergeblich gewartet haben. In welchem Geiste nun der Gewerksverein in Zukunft geleitet werden wird, davon hat man ja bereits einen Beweis an der Stellung, die Herr Gleichauf und der Regulator zu der bayerischen Aussperrung eingenommen haben. Die gleiche Kampfesart liebte der Regulator in seiner Nr. 29 gegenüber der beabsichtigten Bewegung der Arbeiter des Vulkan in Stettin. Auch da wurde dem Metallarbeiter-Verband wieder unterschoben, daß er nur einen „Fischzug“ unternehmen, einen Mitgliederfang machen wolle. Wir sind darauf gefaßt, daß die Leiter des Gewerksvereins diese Behauptung bei jeder größeren Bewegung wiederholen werden. Ihrer Versicherung, daß sie eine ablehnende Stellung zur Stettiner Bewegung einnehmen, weil sie nicht zu den Vorberatungen zugezogen wurden, glauben wir nun einmal nicht. Ihr Bestreben, bei allen Bewegungen, in die sie vielleicht verwickelt werden können, Sitz und Stimme zu bekommen, beruht einfach darauf, daß sie — wie sich schon oft gezeigt hat — entweder eine Bewegung verschleppen, unmöglich machen wollen, oder um hinterher, gleichviel ob der Ausgang einer Bewegung mit oder ohne Erfolg endet, Worte und Handlungen unserer Kollegen zu Verdrehungen, zu Angriffen auf unseren Verband und seine Führer benutzen zu können. — Wie in Stettin, so empfahl der Regulator in seiner Nr. 31 seinen Kollegen, gegenüber der Breslauer Aussperrung sich passiv zu verhalten.

Daraus geht hervor, daß im Gewerksverein trotz aller schönen Worte alles beim alten bleiben wird. Das zeigt insbesondere auch die „Ansprache“, die Gleichauf beim Eintritt in die Redaktion des Regulator an die Leser richtete. Folgender Satz allein ist bezeichnend für den „Geist“, in dem Gleichauf den Regulator in Zukunft halten will:

Zur schärfsten Waffe aber soll der Regulator ausgebaut werden für alle jene tapferen, opferwilligen Kollegen, die wegen ihrer Überzeugung, um ihrer Mitgliedschaft bei unserem Gewerksverein wegen, den Chikanen anders denkender, fanatischer Arbeitskollegen ausgesetzt sind.

Gleichauf hat also die Absicht, der Regierung für eine neue Buchhausvorlage Material zu liefern. Er möge sich aber nur versehen, damit er sich bei diesem Geschäft nicht die Finger verbrennt. — Weiter proklamiert Gleichauf:

Der Regulator wird ferner seine Aufgabe darin erblicken, jenes Vorurteil zu zerstreuen, als wäre der Gewerksverein ein Anhänger einer bestimmten Partei; zu diesem Zweck wird die Redaktion versuchen Verbindung anzubahnen, mit in der sozialpolitischen Bewegung der Gegenwart bekannten Männern verschiedener Richtungen . . .

Also nicht einer, sondern verschiedenen Richtungen soll der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter dienbar gemacht werden. Dieses Programm entspricht ja auch den Beschlüssen, die der Verbandstag der Gewerksvereine im vorigen Jahre in Hannover gefaßt hat, wonach die Führer der Gewerksvereine für alle politischen Parteien zum Reichstage kandidieren dürfen, ausgenommen die sozialdemokratische Partei. Damit ist auch den Mitgliedern nahegelegt, nur für die Kandidaten der bürgerlichen Parteien zu stimmen. So sieht die „absolute Neutralität“ aus, mit der im Regulator die Mitglieder des Gewerksvereins zu „neuer begeisterter Agitationsarbeit“ angefeuert werden sollen. Der Glaube, daß dies gelinge, scheint aber nicht sehr groß zu sein, denn der Regulator soll auch „alle gesunden Bestrebungen unterstützen“, die dahin zielen, „die lokalen Tageszeitungen dem Gewerksverein dienbar zu machen“. Die Hilfe der bürgerlichen, der arbeitserfindlichen Presse will man also für den Gewerksverein in Anspruch nehmen!

Herr Gleichauf will seinen Mitgliedern auch den Wert der Statistik nahelegen. Dazu hat er freilich alle Ursache. Denn bisher ist von den Gewerksvereinen auf diesem Gebiet auch rein gar nichts bemerkenswertes geleistet worden. Nicht einmal die Zusammenstellung der Jahresabschlüsse der Gewerksvereine genügt den bescheidensten Ansprüchen. Die aller drei Jahre vom Zentralrat herausgegebene Arbeitsstatistik ist eine wertlose Zusammenstopplung. Wer etwa glauben sollte, daß wir zu milde urteilen, der höre, was Dr. Paul Rombert im Archiv für Sozialwissenschaft und Statistik in einer Besprechung über „Neuere sozialstatistische Erhebungen deutscher Arbeiterverbände“ darüber sagt:

„Sie gibt für die einzelnen Orte den durchschnittlichen Wochenlohn an, macht Mitteilungen über die Verbreitung des Akkordlohnes sowie über die Richtung der Lohnbewegung, über die durchschnittliche Arbeitszeit und die Überarbeit. Die Angaben tragen aber einen so summarischen Charakter, vor allem fehlt jede Mitteilung darüber, auf welche Zahl von Arbeitern sich die einzelnen Angaben überhaupt beziehen — als daß diesem Teile der Statistik irgend ein allgemeiner Wert zugesprochen werden könnte.“

Auch der zweite Teil dieser Statistik, der die freiwillige Arbeitsstatistik der Gewerksvereine enthält, kann einem Vergleich mit den eben genannten Erhebungen der freien Gewerkschaften nicht standhalten.

Den Schlussabschnitt bilden dann, nach Ortschaften angeordnet, freiwillige Angaben über sonstige Lohn-, Arbeits-, Einkommens- und Verbrauchsverhältnisse. Auch diese Mitteilungen können infolge ihres summarischen Charakters, der das ganze so unübersichtlich wie nur möglich macht, auf größeren Wert keinen Anspruch machen.

Ein vernichtendes Urteil. Was für die Gewerksvereinstatistik gilt, das trifft auch zu auf das Gebiet der übrigen Literatur. Auch darin haben die Gewerksvereine in den 37 Jahren ihres Bestehens nichts von Wert geleistet. Klage doch schon Herr Erkelenz wiederholt darüber, daß es mit den Literaturerzeugnissen der Gewerksvereine so arg schlecht bestellt sei. Das kann auch gar nicht anders sein. Die Tendenz der Gewerksvereine ist nicht die, die Arbeiter über ihre Lage aufzuklären und ihnen zur Verbesserung derselben die besten Waffen zu liefern, sondern sie darüber im Dunkeln zu lassen. Es ist gewiß charakteristisch für die gewerksvereinsliche Presse, daß sie es nicht einmal magt, ihren Lesern informierende Mitteilungen über die übrigen Richtungen der Arbeiterbewegung zu machen. Die Leser des Gewerksvereins und des Regulators erfahren durch diese Organe absolut nichts über die Stärke und die Leistungen der christlichen und der freien Gewerkschaften. Natürlich, dadurch würden ja die Mitglieder unwillkürlich zu Vergleichen und zum Nachdenken angeregt werden. Da aber ein Teil der Gewerksvereinsmitglieder Kenntnis von den Dingen durch die übrige Presse erhält, wird jetzt im Regulator der lächerliche Versuch gemacht, in einem Artikel: „Die Stärke der Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) und die Schwäche der Gewerkschaften sozialdemokratischer Richtung“ zu beweisen, daß die Gewerksvereine stärker seien als die freien Gewerkschaften. Da es von vornherein ausgeschlossen ist, den Beweis durch Zahlen führen zu können, wird das mit — Worten unternommen. Der Artikel beginnt: „Bildung macht frei!“ Dann wird behauptet, die Schwäche der freien Gewerkschaften beruhe in den Meinungsverschiedenheiten zu Prinzipienfragen und in ihrer großen Mitgliederzahl. Der Gewerksverein dagegen „ist sich vollständig einig“. „Der scheinbare Widerspruch, der darin liegt“, sagt der Regulator, „gerade eine große Mitgliederzahl als Schwäche zu bezeichnen, findet aber seine Begründung in der Unfreiheit dieser großen Zahl und ihrer Führer.“ Die „Beweisführung“ für diesen Satz gipfelt dann wieder in den dummen und schon oft wiederholten Verdächtigungen und Behauptungen über den Metallarbeiter-Verband. Ein Eingehen darauf können wir uns also ersparen. Auf diese Weise wird den Mitgliedern des Gewerksvereins „Bildung“ beigebracht. Gelungen ist aber, daß der Regulator dem Metallarbeiter-Verband eine „Vorlesung“ über die Taktik beim Kriegsführen halten will. Alle seine guten Ratschläge sind aber nur darauf berechnet, sich als großes Licht aufzuspielen und über die Schwäche und Tatenlosigkeit des Gewerksvereins hinwegzutäuschen. Es wird aber dem Regulator auf die Dauer nicht gelingen, seinen Mitgliedern die Wahrheit zu verbergen, diese bohrt sich durch!

Nochmals die Aussperrung in Bayern und die noble Kampfesweise des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter und des Herrn Gleichauf.

Herrn Gleichauf läßt das an ihm von Erkelenz entdeckte „verborgene schriftstellerische Talent“ nicht ruhen und raufen. Ununterbrochen führt er auf neue Geistesbläse, um die von ihm geleitete Organisation zu dem bisher so schmerzlich vermischten Ansehen und Einfluß zu bringen. Unwandelbar wie die Sterne selbst geht er dabei seine bekannten Wege. Dem Metallarbeiter-Verband hat er den Untergang geschworen. Daher seine gegen Wahrheit, Vernunft und Anständigkeit verstoßene Kampfesweise. Damit will er wohl auf seine Mitglieder „erziehend“ einwirken. Er ist so verliebt in seine Demagogie, daß es ihm heileide nicht einfallt, die elenden, erbärmlichen Lohnverhältnisse der ober-schlesischen Metallarbeiter zum Gegenstand seiner Kritik zu machen, er erblickt vielmehr seine Hauptaufgabe darin, aufzuspähen, ob nicht der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seinen „lagenhaften 200 000 Mitgliedern“ irgend etwas unternimmt, was dem großen Gleichauf zu einer Anrempfung, zu Verdrehungen und Verleumdungen Stoff geben könnte.

Nur so ist es erklärlich, daß vom Gewerksverein der Maschinenbauer, dessen Vorsitzender Herr Gleichauf ist, eine Agitationsbroschüre, betitelt „Der Kampf in der bayerischen Metallindustrie“, herausgegeben werden konnte, deren Inhalt ebenso grausig wie ihre typographische Ausstattung. Ueber nicht nur das, sie ist auch demagogisch infam. Mit keinem Worte wird darin der schwachen Reversität gedacht, den die Münchener Fabrikanten den Arbeitern zur Unterschritt vorgelegt hatten, dagegen aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband nach allen Regeln Gleichaufischer Entstellungskunst heruntergemacht. „Anfang, Entfaltung, Ende des Kampfes“ soll man aus der Broschüre erleben können. Von alledem ist aber

darin keine Rede, um so mehr aber wird in Verunglimpfung und Herabwürdigung der leitenden Personen des Metallarbeiter-Verbandes geleistet. So sollen die Leiter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes „gebeten und gebettelt, sich beinahe die Füße wund gelassen“ haben, um Verhandlungen mit den Unternehmern herbeizuführen. Das erste ist unwahr, das zweite maßlos übertrieben. Und das schreibt derselbe Mann, dem in einer Münchener Versammlung der Streikenden und Ausgesperrten volle Aufmerksamkeit über das Zustandekommen der Verhandlungen gegeben und dessen Angriffe gegen den Verband unter dem Beifall der Streikenden zurückgewiesen wurden. Warum schwiegen damals die Herren Gleichauf und Keher über die ihnen zuteil gewordene Abfuhr? Doch nur deshalb, weil sie sahen, daß sie sich im Unrecht befanden und gegen die vorgetragenen Tatsachen mit ihren Fäulsen und Verdrehungskunststücken nichts auszurichten vermochten. Daß Herr Gleichauf damals geschwiegen, sich aber gleichzeitig mit dem Gedanken getragen hat, dem Metallarbeiter-Verband da zuzuschlagen, wo er nicht sofort und wirksam die Entstellungen und Verdrehungen zurückweisen kann, das eben kennzeichnet so recht die „noble“ Gesinnung des Herrn Gleichauf.

Eine direkte Lüge aber ist es, wenn behauptet wird: „In den letzten Tagen des völlig ausschließlos gewordenen (auch wieder eine absichtliche Verdrehung der Tatsachen. Die Redaktion.) Kampfes hat der Metallarbeiter-Verband dem Gewerksverein einen Sitz bei den Verhandlungen an.“ Die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung hat das schon in Nr. 31 richtiggestellt. Nicht ich habe dem Gewerksverein einen Sitz angelehnt, sondern Herr Gleichauf hat bei mir um die Einräumung eines Sitzes bei den Verhandlungen „petitioniert“. Wörtlich erklärte er: „Herr Reichel, es braucht nur ein Wort von Ihnen nach Augsburg. Herr Veruhaler ist damit einverstanden, daß ein Mitglied Ihres Verbandes Zutritt und an dessen Stelle ein Gewerksvereinsmitglied den Verhandlungen beivohnt.“ Das habe ich ihm dann zugesagt. Der Gewerksverein aber hat — nachdem er schon ein Mitglied zu den Verhandlungen bestimmt hatte — seinen Entschluß wieder rückgängig gemacht. Vergleicht man diese Tatsachen mit dem Geschwätz von dem „völlig ausschließlos gewordenen Kampfe“ und den sonstigen Bemühungen des Herrn Gleichauf auf Anerkennung des Gewerksvereins durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband, so wird man auch hier sagen können, daß der Gewerksverein seinen Delegierten nur zurückgezogen hat, weil er glaubte, dann besser in Trüben fischen zu können! Diese Vermutung ist sofort in München ausgesprochen worden, nachdem die Zurückziehung des Gewerksvereinsdelegierten bekannt geworden war. Die Vermutung hat jetzt ihre volle Bestätigung gefunden. Das werden insbesondere unsere Münchener Kollegen sich merken, die vielleicht geneigt waren, den schönen Worten des Herrn Gleichauf Glauben zu schenken.

Um die Gewerksvereinsbroschüre und den Mann mit dem „verborgenen schriftstellerischen Talent“ voll zu würdigen und die beständige Hinterlist ins richtige Licht zu rücken, sei noch folgender Vorgang erwähnt. In der letzten entscheidenden Versammlung nahm auch Herr Gleichauf das Wort und richtete an mich die Anfrage, ob der Metallarbeiter-Verband in Zukunft bei Lohnbewegungen nicht mit dem Gewerksverein gemeinschaftlich vorgehen wolle. Er wollte ungefähr daselbe, was er vor Jahren einmal in einer Stuttgarter Metallarbeiterversammlung vortrug und was auf eine Art Kartellverhältnis hinauslief. Auf eine Antwort in der Münchener Versammlung leistete Herr Gleichauf ausdrücklich Verzicht und es unterblieb deshalb auch eine Antwort meinerseits. Obwohl ich zu denen gehöre, die von vornherein an der Unrichtigkeit Gleichaufs zweifelten, mußte ich mir doch sagen, daß der Gewerksverein anscheinend seine gehässige und verdrehungsstüchtige Kampfesweise gegen unseren Verband am Ende doch aufgeben und sich bemühen wolle, künftighin objektiver zu sein. Denn man konnte doch nicht gut annehmen, daß Herr Gleichauf in demselben Augenblick, wo er ein Zusammengehen unseres Verbandes mit dem Gewerksverein der Maschinenbauer von Fall zu Fall befürwortete, schon einen vergifteten Pfeil im Regulator abschob und in seiner Rodtasche einen zweiten vergifteten sorgsam aufbewahrte, um ihn hinterlistig auf denselben Metallarbeiter-Verband abzuschießen, um dessen Bundesgenossenschaft er eben nachgesucht hatte. Ein derartiges Verhalten ist doch mindestens charakterlos. Außerdem aber muß es die Wirkung haben, daß man jetzt alle Beamten des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter erst recht als bündnisunfähig ansehen und sie demgemäß bei allen Verhandlungen ausschalten muß. In das hat Herr Gleichauf wohl nicht gedacht. Wie kann man auch mit einem Menschen verkehren und ihm trauen, der das Gegenteil dessen tut, was er durch seine Kritik als erstrebenswert hinstellt. Das ist eine doppelte Moral, die wir ablehnen müssen.

Ein Unternehmer-Verband der Installationsbranche

soll im Herbst dieses Jahres gegründet werden. Ein provisorisches Komitee erklärt dazu folgenden

Anruf

an alle Berufsgenossen der Installationsbranche Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-, Kanalisations- und Heizungsfach etc., insbesondere an alle selbständigen Installateure, Klempner, Kupferschmiede, Schlosser etc., welche das Installationsgewerbe betreiben, zur Gründung eines großen Deutschen Verbandes selbstständiger Installateure, unter Anschluß bezüglicher Innungen, Vereine und Unterverbände.

Kollegen! Das Emporbühen städtischer und ländlicher Gemeinwesen zeitigt ein mächtiges Emporbühen des Installationsgewerbes. Mit dem Emporbühen dieses unseres Gewerbes und mit dem Drange der neuen Zeit geht das Bestreben gewisser Elemente Hand in Hand, dem Installationsgewerbe, dem selbständigen Installateur denjenigen Anteil zu entreißen oder möglichst zu verkleinern, der ihm von Rechtswegen gehört.

Kollegen, das darf nicht sein! Wer aber soll helfen? Gewiß hat der Gesetzgeber manches für uns getan. Besonders haben wir die Handwerkskammern erhalten, deren Wirken wir als segensvoll betrachten, aber dies allein tut's nicht! Wir müssen selbst an die Arbeit gehen, um unserem Gewerbe zu erhalten, was ihm von Rechtswegen gebührt.

Stadtkonkurrenz, Lieferantenfrage, Gehilfenfrage, das sind die drei Faktoren, unter denen das Installationsgewerbe täglich mehr und mehr zu leiden hat. Der einzelne, ja auch die einzelne Innung oder der einzelne Verein ist diesen Dingen gegenüber machtlos. Nur das Zusammenstehen des gesamten Installationsgewerbes in ganz Deutschland kann hier Abhilfe schaffen!

Groß ist leider die Zahl der deutschen Städte, die den unglücklichen Bürger mit seinen eigenen Steuergroßen Konkurrenz macht! Leider wird diese Zahl nicht kleiner — sondern größer. Die Stadt unglücklicher Städte, der sich auf Kosten anderer starker Namen zu machen, das Bestreben gewisser Direktoren, ihre Position zu verfestern, läßt sie leichtglin die Vernichtung zahlreicher Gewerbe beschließen. Dem ist entgegenzutreten! Was heute dem einen geschieht, kann morgen dem anderen geschehen. Der einzelne ist machtlos, nur die Gesamtheit kann da helfen!

Genau so verhält es sich mit der Lieferantenfrage! Wir wollen keinen Krieg mit unseren Lieferanten, aber wir wollen auch nicht zu Untergebenen derselben werden! Es muß nicht angehen, daß wir als Tagelöhner die schönsten und elegantesten Kleider herfallen, von deren Erfahren der Lieferant den größten und höchsten Nutzen zieht, der Hersteller, der Installateur oder nur eben ganz

beschriebenen Arbeitslohn erhält. Es muß nichts, hier die Augen zu verschließen! Schwächliche Resolutionen helfen nichts, an diese Frage muß tatkräftig herangegangen werden! Ein Lieferant, der unsere Kollegen im Osten zu Tagelöhnern herabwürdigt, kann uns im Westen nicht angenehm sein, wenn er dort größerer Kunden halber den Verkauf an Private unterläßt. Nord und Süd, Ost und West müssen darin zusammenstehen: Wer als Lieferant seine Waren an Private zu Preisen verkauft, die dem Installateur keinen beschriebenen Nutzen lassen, der muß auf das Geschäft mit den Installateuren verzichten! Solche Firmen mögen ihre Sachen allein verkaufen — aber auch allein installieren, damit ihnen am eigenen Leibe fühlbar wird, was es heißt, Leute zu halten und ein Gewerbe selbständig zu betreiben. Es ist ein Unding, daß der selbständige Installateur als Tagelöhner sich eine Verantwortung aufbürdet, die zu den wenigen Groschen Arbeitsverdienst in gar keinem Verhältnis steht! Der Handwerker, der selbständige Gewerbetreibende — er kann nicht den ganzen Tag hinter seinen Arbeitern stehen, aber für jede Verschöpfung derselben wird er haftbar gemacht! Dabei sucht die Gehilfenschaft die Arbeitgeber zu zwingen, jehem, auch dem unächtesten Gehilfen, einen hohen Lohn, der vieler Leistungen weit übersteigt, zu zahlen.

Die Gehilfsfrage nimmt, wie besonders die letzten Essener Vorgänge zeigen, eine Form an, die den entschiedensten Widerspruch herausfordert. Kontraktliche Vergleiche werden von der Regierung als liebe Kinder behandelt, Arbeiter aber, die ihre Leute ordnungsmäßig kündigen und entlassen, weil deren soziale Organisation eine gedeihliche Weiterarbeit unmöglich machen — werden als schandige Kontraktbrecher bezeichnet. Solche Bezeichnungen müssen sich unsere Kollegen in Effen von ihrem Oberbürgermeister gefallen lassen! Nicht genug damit, fordert dieser Herr noch 20000 Mk. aus dem Stadtkasse zur Unterstützung unelastischer Arbeiter. Kollegen! Hat man uns deshalb mit den Gesellen auszuscheiden beglückt? Jeder ausländische Arbeitgeber weiß einen anständigen und tüchtigen Arbeiter zu schätzen, er bezahlt ihn gut und gern. Jeder Arbeitgeber aber weiß auch, welche Plage, welche Scherezeiten und welche Verluste ihm untüchtige, unbotmäßige und unfehlige Arbeiter verursachen. Sich vor solchen Elementen in den gesetzlich gestatteten Grenzen zu schützen, dagegen tüchtigen Leuten den Weg zu ebnen, wird nicht die geringste Aufgabe des neuen Verbandes sein.

Es ist hier nicht der Platz, von vielen weiteren wichtigen Aufgaben zu reden. Die Tätigkeit unseres Verbandes wird eine energische sein! Mit Halbheiten kommen wir nicht weiter, der allzu Bescheidene wird zurückgedrängt! Ein derbes Wort am rechten Orte wird uns weiter helfen als viele zähe Resolutionen. Stehen wir nicht zu rechter Zeit zu unserer Sache, so wird das Rad der Zeit über uns hinwegrollen. Die Zwistigkeiten, welche in letzter Zeit in unserm Gewerbe noch bestanden, sind aus dem Wege geräumt. Gültige Vergleiche und behördliche Entscheidungen haben allem Hader ein Ende gemacht. Seid einig! eilig! eilig! so löst jetzt unser Mahnruf an alle Interessenten des Installateurgewerbes.

Zustellend von diesem Gedanken ist eine größere Anzahl bekannter Kollegen zusammengetreten, um eine neue kraftvolle Organisation zu schaffen! Die formelle Gründung soll im Herbst dieses Jahres geschehen. Um einen Grundstock für die ersten Anlagen zu bilden, ist die Ausgabe von Anteilscheinen à 20 Mk. vorgesehen, welche prozentual eingepfändert werden sollen. Über die Art der späteren Auslösung hat die Gründungsversammlung Bestimmungen zu treffen. Der Beitritt soll Einzelmitgliedern, Innungen, Vereinen und Verbänden ermöglicht werden, die Geschäftsführung soll beratend sein, daß jeder Beteiligte sofort Rat und Hilfe in allen gewerblichen Fragen und Lebenslagen erhalten kann. Bisher sind von den Freunden dieser Sache Anteilscheine zur Höhe von circa 8500 Mk. gezeichnet worden. Da, wie bemerkt, die Einziehung solcher prozentual erfolgen soll, so steht die Beteiligung weiter jedem unbescholtenen Kollegen, der das Installateurgewerbe selbständig betreibt, nach Maßgabe seiner Kräfte und guten Willens frei. Weitere Auskünfte werden von jedem der Unterzeichneten bereitwillig erteilt. Möge unser Vorhaben dem Gewerbe zum Segen gereichen!

Das provisorische Komitee (mit dem Rechte der Cooptation): Ferd. Bauml, Nürnberg; F. Denten, Hamburg; E. Fried, Friedberg; H. Ehr. S. Galtich, Köln; Chr. Hilde, Kassel; R. Knips, Fulda; W. Krafft, Berlin S.W. 46; Ed. Reister, Kassel; F. Paulmann, Weime; E. Schürer jr., Greiz; E. Zaremba, Chemnitz; Kappel. Die Kasse führt Herr Karl Knips, Installateur, Fulda. Die Korrespondenz führt Herr F. Denten, Hamburg, Raboisen 101.

Wir brauchen den Inhalt des Aufsatzes gar nicht zu kennen, die Tatsache, daß der Herr Verlien seine Hände bei der Gründung des neuen Verbandes im Spiele hat, würde allein schon ein „Program“ bedeuten. Er liebt es, immer in vorderster Reihe der kleineren Schachmänner zu marschieren. Bekannt sind ja seine „großen Erfolge“, die er 1902 bei der Klempererauspektion in Hamburg errungen hat. Das Defizit von 36000 Mk., das damals die Hamburger Klempererinnung erzielte, ist nur ein Beweis dafür. In Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung von 1903 ist darüber das Nähere nachzulesen. Begreiflich ist der Herr Verlien über die Lieferanten — haben sie doch damals sein Fehlen um den Betrag von 12000 Mk. zur Deckung des Defizits nur teilweise ersetzt. Wegen dieses Angehörigen der Hamburger Lieferanten wird nun allen der Krieg angekündigt. Das Knaden des Revolvers ist deutlich vernehmbar. Herr Verlien will sich nun beizeiten sichern. Durch möglichst große Versprechungen, durch Schimpfen auf Stadtvertretungen und auf die Gehilfen will er die eigenen Berufsgenossen fördern, damit sie mit den Wärtern heranzühen.

Die Arbeiter der Installationsbranche erkennen aus dem Aufsatz, welche Gesinnungen man gegen sie im Unternehmerrlager hegt. Der Krieg ist ihnen angekündigt. Mögen sie sich beizeiten dafür wappnen, indem sie sämtlich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 20. August der 34. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. bis 26. August 1905 fällig ist.

Diese Woche hat der Verband der neuen Statuten begonnen. Bei der großen Zahl, die zum Verband kommt, ist es natürlich unmöglich, die Verwaltungen gleich voll oder alle in einer Woche zu bekräftigen. Wir ersuchen deshalb die Verwaltungen, die noch keine Statuten erhalten haben, sich noch einige Tage zu gedulden.

Prüfung der Anzahlung der Reiseunterstützung scheint vielfach die Ansicht verbreitet zu sein, daß die neuen Bestimmungen über das Reisegeld schon am 1. Juli 1905 in Kraft getreten sind. Das ist nicht der Fall. Die betreffenden Sätze des neuen Statuts treten — da Reisegeld, Ausgabe- und Erwerbslosenunterstützung vom 1. Juli 1906 an gegeneinander aufgerechnet werden — auch erst mit diesem Tage in Kraft. Bis dahin gelten die bisherigen Bestimmungen des § 5 des Statuts vom 1. Juli 1903. Das gleiche gilt auch für die Ortsunterstützung, wobei Reisegeld und Ortsunterstützung gegeneinander aufgerechnet sind.

Die Erhebung von Ortsbeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Statuts gestillt.

Die Verwaltungen sollen monatlich 10 Pf. Die Anzahlung dieser Ortsbeiträge hat Ortsversammlungen die Pflicht zur Folge.

Ausgeschlossen aus dem Verband wird nach § 8, Abs. 2, des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Berlin: Der Mechaniker Karl Gübcher, geb. am 24. März 1875 zu ?, Buch-Nr. 754981; der Schlosser Karl List, geb. am 29. September 1875 zu Wies, Buch-Nr. 757498, beide wegen unkollegialen Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Lechhausen: Die Metalleinlegerin Johanna Haas, geb. am 30. März 1878 zu München, Buch-Nr. 446423; die Metalleinlegerin Crescentia Sammler, geb. am 4. März 1861 zu Bienenried, Buch-Nr. 814180; die Metalleinlegerin Barbara Steppacher, geb. am 22. August 1862 zu Lechhausen, Buch-Nr. 532813, und die Metalleinlegerin Therese Steppacher, geb. am 4. September 1868 zu Lechhausen, sämtliche wegen Streikbruch.

Gewarnt wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Suhl: Vor dem Tischlermeister Heinrich Loß (nicht Holz, wie es in Nr. 31 heißt), geb. am 2. Oktober 1866 zu Markranstädt, Buch-Nr. 598270. Das Mitgliedsbuch desselben ist anzuhalten. Holz ist unter Mitnahme von Verbandsgebern und Beitragsmarken von Suhl abgereicht und besteht die Wahrscheinlichkeit, daß er in dem Mitgliedsbuch die Abmeldung gefälscht hat und darauf Reisegeld zu erheben versucht.

Von dem Vorstand des Holländischen Metallarbeiter-Verbandes werden wir ersucht, vor Zugang von Metallarbeitern aller Branchen nach Holland zu warnen, da dort allgemeiner Arbeitsmangel vorhanden ist und die zugereisten Kollegen bitteren Erfahrungen ausgesetzt sind.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Straße 16b zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld verelntnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten:

- von Weizern, Drechern, Drückern, Gärtnern und Metallformern nach Berlin;
- von Brennern und Ansträgern zc. nach M.-Gladbach (Stanz- und Emailierwerk Robert Jansen) M.;
- von Elektromotoren nach Lindau i. Bodensee M.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Keramachern nach Chemnitz (Krauthelm) St.; nach Darmstadt (Röder, Herbrich) St.; nach Göttingen M. und D.; nach Koblenz (Mitternicher Eisenwerk) St.; nach Sayn-Koblenz (Kruppsche Hütte) D.; nach Neudorf (S. Steffen); nach Korbach; nach Seebach B. Zürich (Gießerei Böhler) St.; nach Velbert M.; nach Wernigerode a. Harz (Lübbers) St.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Liegnitz (Firma Sandig, Silberoarenfabrik);
- von Klempnern und Installateuren nach Basel, Schweiz St.; nach Bonn a. Rh. St.; nach Bromberg St.; nach Dresden L.; nach Heidelberg, Karlsruhe, Kiel, Köln St.; nach München M.; nach Pforzheim L.; nach Remscheid St.;
- von Klempnern, Installateuren und Kupferschmiedern nach Aachen St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Basel (Schweiz) St.; nach Bregenz-Neben (Zemly & Schindler) M.; nach Darmstadt (Herbrich) M.; nach Erfurt (Kosmotisfabrik Hagens) St.; nach Halle (Maschinenfabrik St. R. Thomann); nach Jamburg (Betriebswerkstätten der Straßenbahnen, Mühlenbauanstalt F. H. Schule, Katanfabrik Th. Richard, Wandsbeck); nach Mülheim a. Rh., besonders Drahtziehern, M.; nach Korbach (Gießerei Korbach) St.; nach Saalfeld (Maschinenfabrik Richard Knoch) D.; nach Solingen; nach Velbert M.; nach Weimar (Alliengeseilschaft für Eisenbahn- und Militärbedarf) D.; nach Würzburg (Wurbaum) St.;
- von Metallrücken und Fabrikklempnern nach Erlangen (Peter Fischer) D.;
- von Metallschlägern nach Breslau D.;
- von Modellschreibern nach Korbach St.;
- von Schloßereiarbeitern nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
- von Schlossern und Eisenwerda (Fahrstuhlwerke) M.; nach Stuttgart (Kunz) und Wamschloßerei von Stähler) D.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Huber); nach Zürich (Firmen Raffen-Bauer, Raffen-Schwager, Schöppli-Schwager und Punter & Cie., Ofenfabrik).
- von Schlossern nach Großschärd b. Leipzig St.;
- von Schmiedern und Wagnern nach Lausanna (Schweiz) St.;
- von Werftarbeitern nach Hensburg St.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Auspektion; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Rh.: Röhren; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Korrespondenzen.

Formen.

Mannheim. Eine gut besuchte öffentliche Formen- und Gießereiarbeiterversammlung wurde am 29. Juli in der „Zentralhalle“ abgehalten, in der Kollege Raffatsch aus Stuttgart über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Gießereien nach Aufnahme der in diesen Kreislagen aufgeworfenen Statistiken referierte. Eingegangen waren Fragebogen von 18 Gießereien, in denen von 1176 dort beschäftigten Formen- und Gießereiarbeitern 811 organisiert sind, die sich folgendermaßen verteilen: Deutscher Metallarbeiter-Verband 543, Hiesig-Dunderscher Gewerksverein 112 und Christliche 117, andere Organisationen 49; doch dürfte das Organisationsverhältnis im letzten Vierteljahr noch etwas günstiger geworden sein. Wenn in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen auch gegenüber den früheren Jahren sich eine kleine Besserung bemerkbar machte, so lassen sie in den meisten Gießereien noch viel zu wünschen übrig. So kommt es vor, daß es in einem Geschäft in einer Abteilung für Überstunden und Sonntagsarbeit 25 Prozent Zuschlag gibt und in einer anderen Abteilung desselben Geschäftes nur 5 Prozent. Auch gibt es noch Gießereien, in denen überhaupt kein Zuschlag bezahlt wird. Die Beschäftigten sind nur in einer Gießerei genügend, in allen anderen nur unzureichend oder sie fehlen gänzlich. Mit Einrichtungen zum Aufbewahren der Kleider fehlt es etwas besser aus, doch bleibt auch hier noch viel zu wünschen übrig. Von größtem Interesse ist natürlich die Frage des Ausführgeldes. In den meisten Gießereien gibt es selbst für unverschuldeten Ausführgeld nur wenig oder überhaupt nichts, und nur in einigen wenigen Fällen wird der unverschuldeten Ausführgeld ganz oder teilweise vergütet. Wie es mit dem verschuldeten und unverschuldeten Ausführgeld aussieht, das wissen die Formen am besten, denn meistentens wird alle Schuld auf den Formen geschoben. Hier gibt es nur ein Mittel, um diesen unheilbaren Zustand zu beseitigen, das ist Abschluß von Tarifverträgen und Festsetzung eines Minimallohnes. Bis jetzt wird noch in vielen Gießereien bei Übernahme von Akkordarbeiten überhaupt nichts vereinbart, so daß der Arbeiter manchmal am Jahrschluß noch nicht weiß, was er bekommt, und nur in ganz wenigen Fällen kann

der Arbeiter bei Übernahme der Arbeit sich überzeugen, was für da Stiel bezahlt wird. Abzüge wurden in einem Geschäft bis zu 50 Prozent gemacht, in allen übrigen wurde nicht in dieser Höhe abgezogen, aber ebenfalls auch in manchen von diesen bis zu 40 Prozent. Über sonstige Mißstände wurde in verschiedenen Fragebogen angeführt, daß man diese überhaupt nicht alle anführen kann. Von einer Gießerei wurde berichtet, daß es in die Bude regnet und schneit. In zwei Gießereien wurde die Ventilation als ziemlich gut bezeichnet, in allen anderen fehlt sie entweder ganz oder ist sehr mangelhaft. Der Redner fordert in seinen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen die Anwesenden auf, dahin wirken zu wollen, daß auch der letzte Mann sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen. Es gebe auch keine einzige Branche, in der die Arbeiter mehr auf der Hut sein müßten, um die Verschlechterungen abzuwehren, als gerade in den Gießereien; auch die Gießereiarbeiter sollten den Zug der Zeit nicht an sich vorbeiziehen lassen und für Verbesserung ihrer Lage eintreten. Die Diskussion war eine sehr lebhaft; alle Anwesenden waren darüber einig, daß nur durch Abschluß von Tarifverträgen und Festsetzung eines Minimallohnes dem unwürdigen System, wie es zurzeit besteht, ein Ende gemacht werden kann. Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute, am 29. Juli 1905, in Saale der „Zentralhalle“ tagende Versammlung der Formen- und Gießereiarbeiter nimmt von den zurzeit bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen Kenntnis und bedauert, daß in einzelnen Gießereien geradezu noch schlechte Löhne und grobe Mißstände bestehen, insbesondere dort, wo es bis heute die Kollegen noch nicht eingesehen haben, daß eine Organisation das allerdingste für sie ist. Die Versammlung erachtet es deshalb als ihre erste Pflicht, dafür zu sorgen, daß alle noch fernstehenden Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. Des weiteren wird die Leitung beauftragt, Vorkarbeiten zu treffen, die dahin zielen, die Festlegung von Mindestlöhnen bewerkstelligen zu können, ebenso muß es Aufgabe der Organisation sein, mit aller Energie für den Abschluß von Tarifverträgen zu wirken.“

Witten. Die Formen bei Döring & Co. schlossen sich anfangs dieses Jahres dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an. In mehreren Werkstattversammlungen wurden darauf die Lohnverhältnisse und vorhandenen Mißstände diskutiert und folgende Forderungen an die Firma gestellt: 10 Prozent Lohnerhöhung, für Überstunden 25 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag, Beseitigung einiger Mißstände. Die Forderungen wurden von der gewählten Kommission schriftlich eingereicht. Die Firma wollte zuerst in keine Verhandlungen mit der Kommission eintreten. Als aber von der Kommission mitgeteilt wurde, daß alle Formen- und Gießereiarbeiter hinter ihr ständen, ließ sie sich auf Verhandlungen ein. Es wurde vereinbart: Es findet eine Lohnerhöhung von 5 Prozent statt, für Überstunden werden 20 Prozent und für Sonntagsarbeit 100 Prozent vergütet, vorhandene Mißstände werden beseitigt. In einer Werkstattversammlung erklärten sich alle Arbeiter mit diesen Zugeständnissen vorläufig zufrieden. Hoffentlich ziehen aus diesem Erfolg die Gießereiarbeiter des Wittener Gußstahlwerkes die nötige Lehre und treten auch der Organisation bei, damit endlich auch in diesem Werke menschenwürdige Zustände geschaffen werden können.

Klempner.

Bromberg. Vor geraumer Zeit haben die hier im Metallarbeiter-Verband organisierten Klempner gemeinsam mit dem Hiesig-Dunderschen Gewerksverein der Klempner Organisierten den Meistern einen Tarifvertrag eingereicht. Es wird darin eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit von 10 Stunden gewünscht. Der Arbeitslohn soll mindestens für Gesellen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 27 Pf., für Gesellen im zweiten Jahre nach beendeter Lehrzeit 30 Pf. und für ältere Gesellen 35 Pf. die Stunde betragen. Solchen Gesellen, die jetzt schon 35 Pf. oder mehr bekommen, soll ein Zuschlag von 10 Prozent bezahlt werden. Ferner wird noch die Regelung des Montagezuschusses, der sanitären Einrichtungen auf Bauten und in Werkstätten und die Bewilligung einiger geringfügiger Forderungen angebracht. Die Meister, die sich in einer Versammlung zur Besprechung der eingereichten Forderungen zusammenfanden, saßen zunächst den einstimmigen Beschluß, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband ebensowenig wie mit dem Gewerksverein zu verhandeln. Dem Wunsche der Meister, daß die in Bromberg in Arbeit stehenden Klempner aus ihrer Mitte drei Mann wählen sollen und einen Abend bestimmen, an dem diese mit dem Vorstand der Innung zusammenkommen und die eingereichten Forderungen ruhig durchsprechen wollen, wurde insofern von einer Klempnerversammlung stattgegeben, daß außer den gewünschten drei Gesellen auch die Vorsitzenden des Metallarbeiter-Verbandes und des Gewerksvereins an den Verhandlungen mit beratender Stimme teilzunehmen haben. Der Obermeister der Innung, dem dieser Beschluß mitgeteilt wurde, antwortete, daß die Meister auf die beratenden Stimmen gern Verzicht leisten, er stelle der Lohnkommission anheim, Gesellen zu wählen, die großjährig sind und keinen Vormund mehr brauchen. Trotz der brüskten Antwort der Meister kam doch eine Sitzung, an der außer dem Vorstand der Innung auch die Vorsitzenden der beiden Organisationen und drei Gesellen teilnahmen, zustande. Jedoch nahm diese Sitzung der „patriarchalischen“ Ansichten der Meister wegen einen reifungslosen Verlauf. Eine Klempnerversammlung, die den Bericht von dieser Sitzung entgegennahm, beschloß: bei sämtlichen Meistern die Kündigung einzureichen. Wie weit nun dieser Beschluß zur Durchführung gelangte, erfährt man in der Versammlung am 4. August. Die Anwesenden in der Versammlung wurden zunächst über die Innehaltung des Beschlusses auf Einreichung der Kündigung befragt. Aber leider — leider bekam man zu hören, daß von den zehn in Betracht kommenden Mitgliedern des Hiesig-Dunderschen Gewerksvereins nur ein Mitglied die Kündigung eingereicht hatte. Der Kampf, der bei einer Kündigung sämtlicher Klempner leicht zu gewinnen wäre, wird durch den Verrat der Mitglieder des Hiesig-Dunderschen Gewerksvereins natürlich ein schwieriger. Die im Metallarbeiter-Verband organisierten Klempner traten am 7. August in den Ausstand. Die Forderungen bewilligt hat bis jetzt ein Meister mit zwei Gesellen. Den Zugang von Klempnern und Installateuren ersuchen wir streng fernzuhalten.

Köln. Zum Kölner Klempnerstreik. Seit mehreren Jahren war das Sinnen und Trachten der hiesigen Kollegen darauf gerichtet, in ihrem Beruf durch Festlegung eines Tarifvertrages die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Waren doch die Ertragsverhältnisse des Jahres 1899, die erst nach fünfzehntägigem jähen Kampfe erreicht worden, durch die übergroße Leiharbeit der Kollegen zu nichte geworden und es herrschte in bezug auf die Arbeitsverhältnisse eine vollständige Anarchie. Bereits vor zwei Jahren begannen wir mit der Ausarbeitung eines neuen Lohn tariffs, mußten aber die Einreichung desselben auf dieses Jahr verlegen, indem eine allgemeine Lohnbewegung in Rheinland und Westfalen in Aussicht genommen wurde. Wir fügten uns dem und beschloßen, bis zum 29. Juli von den Meistern Antwort zu verlangen, nachdem ihnen der Tarifentwurf der Gesellen 14 Tage vorher nebst Begleitschreiben zugegangen war. Wir hatten den 15. August ursprünglich als eventuellen Tag der Arbeitsniederlegung festgesetzt. Jedoch ging nun das Bestreben der Meister darauf hinaus, alles was im Beruf Arme und Weine hatte, einzuflechten und möglichst intensiv arbeiten zu lassen, um mit den notwendigen Arbeiten auszuräumen und dann die Kollegen samt und sonders auszusperren. Diesem mußten wir zuvorkommen und so wurde denn in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, die äußerst zahlreich besucht war, einstimmig beschlossen, die Arbeit bereits am 31. Juli ruhen zu lassen. Am 30. Juli fand im „Roten Löwen“ eine von mehr als 800 Dachdeckern, Klempnern und Installateuren besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Spiegel vom Metallarbeiter-Verband und Fruchten als Gaukler der Dachdecker die Nichtantwort der Meister geißelten. In dieser Versammlung erklärten sich die anwesenden Dachdecker mit dem Beschluß der Klempner und Installateure über die Arbeitsniederlegung am 31. Juli solidarisch. Und ein Vertreter der „Christlichen“ sagte an, ob wir mit ihnen Hand in Hand arbeiten wollten. Dazu sei es allerdings notwendig, daß wir unseren Tarif einer Revision unterzögen. Es mußte sich noch einer von den Herren zum Wort, wurde jedoch so provokatorisch (er forderte offen aus

Streikbruch auf), daß ihm ein vielhundertstimmiges „Bfuit“ entgegenbrachte, und es dem Versammlungsleiter, Kollegen Rodert, nur mit Mühe gelang, die erregten Gemüter zu beruhigen. Mit Recht wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß wegen einer Handvoll „Christen“, die man in einer Droschke fort-fahren könne, der Tarif nicht geändert würde, und wenn dieselben nicht zu Lumpen werden wollten, müßten sie die Arbeit mit einstellen. Am Montag den 31. Juli legten die Dachbeder, Klempner und Installateure die Arbeit einmütig nieder, nur die circa zehn „Christlichen“ arbeiteten weiter. Bei den Meistern hatte man nicht davon geträumt, daß die Gesellen so einig und schlagfertig seien, und wenn die „Christen“ nicht gewesen wären, hätten wir heute vielleicht schon einen annehmbaren Frieden. Die „Christen“ schrieben flugs unseren Tarif ab, unterbreiteten ihn den Meistern und unterhandelten mit ihnen, wie es heißt zu vier vier Nächten lang. Daß bei diesen Verhandlungen die „Freien“ ordentlich verleumdet wurden ist klar, und so ist es erklärlich, daß die von den Meistern mit uns angebahnten Verhandlungen vorläufig zu keinem Resultat führten. Als nun die Meister erfuhren, daß die Männer der „Christlichen“ denn doch nicht so zahlreich waren, wie sie gemeint hatten, brachen sie die Verhandlungen mit ihnen ab, und nun werden diese die Arbeit einstellen. Möge dem sein, wie ihm wolle, wir wissen die Bescheidenheit der „Christlichen“ zu würdigen, aber abwarten wollen wir, ob sie nicht nachher sagen werden, wenn durch uns ein Tarif zustande kommt, sie hätten denselben gemacht! Die Haltung der Kollegen ist musterhaft, wenn auch die Polizei und unsere lieben Meister im Provokatorien schon erkleckliches geleistet haben. Die Situation ist für uns deshalb eine sehr günstige, weil die Meister durch die vorzeitige Niederlegung der Arbeit in eine äußerst gedrängte Lage gekommen und mit Arbeiten überhäuft sind, was wir im nächsten Bericht, in dem wir auf den Verkauf der Bewegung näher einzugehen gedenken, nachweisen werden. Wenn uns nicht alles täuscht, werden wir bald siegreich die Arbeit wieder aufnehmen können.

Metallarbeiter.

Breslau. Am Mittwoch den 9. August, an dem Tage, an dem die Aussperrung der hiesigen Metallarbeiter erfolgen sollte, wurde im Gewerkschaftshaus eine allgemeine Metallarbeiterversammlung abgehalten. Kollege Gadacl ließ in großen Zügen alle die Vorgänge der letzten Zeit innerhalb der Verwaltungsjahre des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Revue passieren. Der Dreierstreik sei zugunsten der Streikenden ausgefallen, wenn auch die Forderungen nicht vollständig erfüllt worden sind. Die mit großem Applomb vorbereitete Massenansperrung ist durch die Taktik der Leitung des Streiks und die Standhaftigkeit der Arbeiter vereitelt worden, und so hätten die Beteiligten alle Ursache, mit dem Verlauf der Dinge zufrieden zu sein. Am Montag ist die Arbeit überall wieder aufgenommen worden, nur nicht bei den Firmen Kemna und Dauber. Bei ersterer sollten die Dreier einzeln vor dem Meister erscheinen und um Arbeit bitten. Das aber wollten sie nicht; sie sind alle zusammen ausgesperrt worden, deshalb wollten auch alle wieder auf einmal in Arbeit treten, ohne zu bitten. Das geschah auch. Herr Kemna ließ sie alle kommen und hielt ihnen eine Standrede, doch aus dem „sozialdemokratischen“ Verband auszutreten und sich lieber der christlichen Gewerkschaft zuzuwenden. Vom Standpunkt des Herrn Kemna erscheint diese Auffassung ganz natürlich. Die Einigung ist jedoch in diesem Betrieb hergestellt, die Arbeit aufgenommen. Das ist im Betrieb der Firma Dauber noch nicht der Fall, dort sollten die Dreier vorerst einen Keverz zu unterschreiben, daß sie dem Metallarbeiter-Verband nicht angehören! Das haben die Arbeiter nicht getan und so wird in diesem Betrieb noch gestreikt. Die christlichen Gewerkschaften haben jedoch keine Ursache, sich dieser Tatsache zu freuen, denn bei einer Aussperrung fliegen die „Christlichen“ ebenso heraus wie die „Sozialdemokraten“. Die christliche Nächstenliebe kennt in puncto des Selbsts keine Rücksichten. Durch die Bewegung hat die Verwaltungsjahre Breslau bedeutend an Mitgliedern zugenommen, aber noch gar viele Kollegen stehen der Organisation fern, alle die Säumigen müssen sich ihr anschließen. Die Metallarbeiter Breslaus müssen gegenüber dem Verband der Metallindustriellen eine geschlossene Phalanx bilden, dann werden sie stets in der Lage sein, gewalttätige Akte des Unternehmers abzufechten. Nach einer regen Debatte wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die Versammelten erklären, treu zur Organisation zu halten, des weitern dafür zu sorgen, daß alle noch nicht organisierten Metallarbeiter bis auf den letzten Mann für die Organisation gewonnen werden, damit in Zukunft derartige Pläne der Metallindustriellen von vornherein durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband zunichte gemacht werden.“

Dortmund. Die Installationsfirma Louis Heymer meint es mit den Heizungsmonteur und Helfern wirklich gut. Dafür ist folgender Arbeitsvertrag, der keines weiteren Kommentars bedarf, ein vollgültiger Beweis. Wahrscheinlich sieht die Firma selbst, daß der Vertrag sehr blamabel für sie ist, deshalb ist in Ziffer 14 bestimmt, daß er „Eigentum der Firma“ bleibt. Das geistige und materielle Eigentum an dieser Leistung erkennen wir der Firma neidlos zu, das hindert uns aber natürlich nicht, das Instrument etwas tiefer zu hängen. 1. Als „Arbeitsbedingungen“. Zwischen der Firma Louis Heymer in Dortmund und dem Monteur W. H. ist heute nachfolgender Arbeitsvertrag geschlossen worden: 1. Der Monteur W. H. übernimmt hiermit die tadellose Montage und vollständige Inbetriebsetzung der Niederdruckdampfheizungsanlage für die Baustelle bei W. H. in ... zu folgenden Bedingungen: 2. Die Arbeitszeit auf dem Bau beträgt zehn Stunden und zwar von morgens 7 bis abends 7 Uhr mit Pausen von 6 bis 8 1/4 Uhr, 12 bis 1 1/2 Uhr und 4 bis 4 1/4 Uhr. 3. Der Monteur hat für die Hilfskräfte (Helfer) zur Montage selbst zu sorgen. Der Lohn dafür ist in der nachfolgenden Lohnaufstellung einbezogen. 4. Der Monteur erhält einen Vorschuß von 61 Mk. (Grundlohn) wöchentlich, worin der Lohn des Helfers einbezogen ist. 5. Bei auswärtigen Montage wird dem Monteur ein Fahrgehalt die Fahrt dritter Klasse, unter Berücksichtigung des kürzesten und billigsten Weges nach der Baustelle, und dem Helfer die Fahrt vierter Klasse vergütet, bei einmaliger Hin- und Rückfahrt während der Montage. Der Monteur erhält in diesem Falle eine Landzulage von 2,25 Mk. pro Tag. 6. Für Kolben und Einbringen des Materials und Einrichten auf dem Bau wird ein Tag, für Druckprobe, Probeheizen, Nachziehen und Aufräumen dagegen zwei Tage vergütet und erhält hierfür der Monteur und Helfer den Lohn mit 3 x 10 Stunden. 7. Der Stundenlohn des Monteurs ist auf 0,475 Mk. pro Stunde und derjenige des Helfers auf 0,35 Mk. pro Stunde festgesetzt. 8. Als Garantie für fehlerfreie Arbeit werden 10 Prozent des Akkordes so lange einbehalten, bis sich die betreffende Anlage durch einen zweiwöchentlichen Betrieb als tadellos ausgewiesen hat. Nachgewiesene Fehler sind sofort kostenlos zu beheben. 9. Für rechtzeitige Lieferung der Zeichnungen, Materialien und Materialauszüge haftet die Firma, dagegen hat der Monteur dafür zu sorgen, daß etwa fehlende Materialien und Werkzeuge frühzeitig reklamiert werden. Baufertig gewünschte Änderungen sind sofort zu melden und ist vor Ausführung derselben die Genehmigung dazu einzuholen. Wartezeit wird mit drei Mark pro Tag ohne jeden weiteren Anspruch auf Entschädigung nur dann bezahlt, wenn die Unterbrechung länger als zwei Tage dauert und durch die Schuld der Firma eingetreten ist. 10. Material und Werkzeug werden in guter Beschaffenheit von der Firma geliefert. Es ist Sache des Monteurs, sich gegen Diebstahl (Metallfächer, Werkzeug etc.) zu sichern. Werkzeug und Zeichnungen sind zu schonen und nach Schluß der Montage in sauberem Zustand zurückzugeben. Der Monteur haftet für jeden Schaden, der auf rohe Gewalt zurückzuführen kann oder durch seine oder des Helfers Schuld entstanden ist. 11. Die vereinbarten Einzelpreise sind: a) gußeiserner Kessel bis einschließlich 10 Quadratmeter Heizfläche, einschließlich Transport, Aufstellen, Anbringen der Armatür, ohne Standrohr, welches als Rohrleitung gemessen wird, 12 Mk., b) gußeiserner Kessel über 10 Quadratmeter, sonst wie vor, 16 Mk., c) schmiedeeiserner Kessel bis einschließlich 20 Quadratmeter Heizfläche inklusive Transport, Aufstellen, Anbringen der Armatür, ohne Standrohr, welches als Rohrleitung gemessen wird, einschließlich Überwachung der Maurerarbeiten 20 Mk., d) schmiedeeiserner Kessel über 20 Quadratmeter, sonst wie vor, 26 Mk.

e) ein laufender Meter Gewinderohr fertig verlegt inklusive Füllings: 10 mm (lichte Weite) 15 Pf., 18 mm 20 Pf., 20 mm 28 Pf., 25 mm 27 Pf., 32 mm 35 Pf., 38 mm 40 Pf., 52 mm 45 Pf., f) Patentrohre mit aufgeschliffenen oder aufgebördelten Vorbringen, ohne Fassonstücke, fertig verlegt: 58 mm 55 Pf., 64 mm 60 Pf., 70 mm 65 Pf., 82 mm 88 mm 60 Pf., 88 mm 60 Pf., 95 mm 60 Pf., 100 mm bis 150 mm 70 Pf., 150 mm bis 200 mm 75 Pf., g) Einbauen der Kupffasson, gleich welcher Art, von 58 bis einschließlich 82 mm 80 Pf., 88 bis 106 mm 85 Pf., 118 bis 250 mm 75 Pf., h) Montage der Radiatoren komplett auf Füßen oder Konsolen gefestigt mit Anschluß der Ventile fertig, gleich welcher Größe, pro Ofen 3 Mk. bei Wasser- und 2,50 Mk. bei Dampfheizungen, i) Heizschlängen werden nicht als Ofen sondern als Rohrleitungen behandelt und für Einsetzen der Ventile werden in diesem Falle 35 Pf. pro Stück vergütet, k) Einbauen von Dampfventilen, Drosselklappen, Schiebern, Reduzierventilen, Sicherheitsventilen, Luftventilen oder dergleichen pro Stück bis einschließlich 100 mm 50 Pf., über 100 mm 1 Mk. 12. Lohn für außerhalb des Akkordverhältnisses geleistete Arbeit wird nur dann vergütet, wenn diese Arbeit als Lohnarbeit ausdrücklich angeordnet ist. 13. Falls es sich herausstellt, daß der Monteur nicht instand ist, die Anlage sachgemäß zu montieren, so steht der Firma das Recht zu, den Monteur sofort zu entlassen. In diesem Falle hat der Monteur auf die unter 8 erwähnte und bereits ganz oder teilweise einbehaltene Garantiesumme keinen Anspruch mehr. 14. Dieser Arbeitsvertrag bleibt Eigentum der Firma. Erfüllungsort für beiderseitige Verpflichtungen ist Dortmund, auch findet die Lohnabrechnung für auswärtige Anlagen in Dortmund statt. Die persönliche Anwesenheit des Monteurs ist unbedingt erforderlich hierzu.“

Dresden. Die Nr. 29 und 30 der Metallarbeiter-Zeitung bringen je ein Eingekant, in welchem gegen die in Nr. 27 erschienene Notiz, die Hehe gegen die Gewerkschaftsbeamten betreffend, polemisiert wird. Man könnte sich ein Eingehen auf die beiden letzten Ergüsse ersparen, zumal — die aufmerksamsten Leser der Zeitung wohl schon gefunden haben, daß beide Notizen sich direkt widersprechen und man ihnen die kurzen Beine schon von weitem ansieht. Allein, die schriftlichen wie mündlichen Anfragen, die sowohl an die Bezirksleitung wie auch an die Leitung der Dresdener Metallarbeiter gelangt sind, und die dabei zutage getretene irrige Auffassung, nötigen nun doch zu einer eingehenden Darstellung der ganzen Sache, zumal die Eingekanten in den beiden oben genannten Nummern der Zeitung alles mögliche herbeigezogen haben, um die Annahme des berichtigten Kaufordnungs, der ja bekanntlich dahin ging, den Verbandsbeamten in der Diskussion zur Sache das Wort nicht zu geben, zu rechtfertigen. Der Eingekant in Nr. 29 — in dem wir wohl nicht mit Unrecht den Vater des Degradationsantrags vermuten — meint, daß der Beschluß eine „Notwendigkeit in praktischer Beziehung“ war, weil zu befürchten stand, daß die so arg verpönten und verlästerten Verbandsbeamten von der Redefreiheit Gebrauch machen würden. Mit diesem Zugeständnis bestätigt der Schreiber jener Zeilen lediglich das in Nr. 27 dieser Zeitung gesagte, daß die Verbandsbeamten zu Mitgliedern zweiter Klasse gestempelt wurden, indem man ihnen die Rechte, die jedes Mitglied hat, nämlich seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, nimmt. Wohlweislich wird ja auch verschwiegen, woher man die „Befürchtung“ genommen, daß die Verbandsbeamten von der Redefreiheit Gebrauch machen würden. Nun! da kann ja nachgeholfen werden. In der Rednerliste war — und zwar als dritter Diskussionsredner — von den Verbandsbeamten nur der Unterzeichnete eingekantet. Vor mir kamen die „Kollegen“ Pohle und Köhler. Und erst, nachdem die Rede Pohles, die eine Flut der schmutzigsten Angriffe gegen die Verbandsleitung in sich barg, vom Stapel gelassen war, meldete sich auch der Kollege Haack zum Wort. Das ist der Tatbestand. In Nr. 30 der Zeitung schreibt nun Richard Pohle, im Gegensatz zu der Notiz in Nr. 29, daß nicht die so sehr befürchtete Redefreiheit den Antrag gerechtfertigt habe, sondern der „intellektuelle Urheber“ des famosen Antrags sei der Kollege Köhler, der die Ausführungen Pohles als von niedrigstem Instinkt geleitet hinstellte. Wer von den beiden Eingekanten hat nun Recht? Wer hat gelogen? Der eine oder der andere? Oder alle beide? In Wirklichkeit hat sich die Sache wie folgt abgespielt. Als der Vorsitzende der Versammlung erklärte, jetzt hat der Kollege Köhler das Wort, sprang der Antragsteller — pardon der Kollege Müller — wie besessen auf und schrie: „Das gibt es hier nicht, daß die Verbandsbeamten reden, ich verlange das Wort zur Geschäftsordnung.“ Dieser Vorgang war natürlich von dem Getöse eines herannahenden Gewitters begleitet. Der Vorsitzende erklärte nochmals: „Der Kollege Köhler hat das Wort“, worauf der Kadau immer größer wurde und Müller immer lauter dazwischen rief, daß er das Wort zur Geschäftsordnung zuerst bekommen müsse, obwohl dasselbe dem nächsten Diskussionsredner schon erteilt war. Jetzt machte der überwachende Beamte Aufstehen, einzugreifen. Der Vorsitzende, der schwierigen Lage sich wohl bewußt, erklärte nochmals, mit einer für die Situation fast unheimlichen Ruhe, daß es bei den von ihm getroffenen Anordnungen verbleibe. Dieser Vorgang zeigt, daß der Entrechungsantrag schon vorbereitet war, bevor noch der Kollege Köhler — „der intellektuelle Urheber“, um mit Pohle zu schreiben — ein Wort gesagt hatte. Wenn Pohle weiter schreibt, daß die Versammlung mir gesagt habe, daß auch Bezirksleiter sich geziemend zu benehmen haben, so möchte ich hier konstatieren, daß meine Ausführungen bis heute eine sachliche Widerlegung nicht erfahren haben. Tatsache ist indes, und das bekräftige ich dem „Auchkollegen“ Pohle gern, daß ich mit demselben Indianergeheul empfangen wurde, wie alle übrigen Verbandsbeamten, die es in letzter Zeit gewagt haben, in Dresden das Wort zu ergreifen. Von dem aber, was ich in jener Versammlung gesagt habe, brauche ich nicht ein Wort zurückzunehmen. Ist es denn nicht an die niedrigsten Leidenenschaften, an die Bestie im Menschen appelliert, wenn Pohle sich hinstellt und wörtlich folgendes sagt: „Der Vorstand bewilligt sich über die Köpfe der Mitglieder hinweg 10 Mk. Diäten. Natürlich, er kann ja auch nicht wie die Mitglieder in der Herberge zur Heimat absteigen. Er muß ja die feinen Hotels aufsuchen, wo die Unternehmer hinkommen. Die Mitglieder, die die Gelder mühsam zusammengebracht haben und sich oft nicht satt essen können, werden auf das Armenrecht verwiesen.“ Es ist natürlich in geschriebenen Worten nicht möglich, die höhnische Art und Form hineinzulegen, mit der Pohle seine Ausführungen gemacht hat. Diese standhafte Art aber zog sich wie ein roter Faden durch seine ganze Rede. Immer aber daran gelegen ist, den wahren Charakter Pohles, der sich immer als der Hüter des Verbandes aufspielt, mehr zu studieren, der sei auf folgendes aufmerksam gemacht. Gelegentlich des Dresdener Wälderstreiks erschienen einige Gewerkschaftsbeamte hinreichend verdächtig, gemahregelte Semmeln gegessen zu haben. Unter diesen Beamten soll sich auch einer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes befunden haben. Der Schreiber dieser Zeilen ist ermächtigt, hier zu erklären, daß bezüglich des Beamten unseres Verbandes einem Bäcker, der sich in nicht wiederzugebender Verfassung befand, ein sogenannter Wäz aufgebunden worden ist. Das Gericht, obwohl nicht ein Schatten des Beweises erbracht werden konnte, erhielt längere Zeit von gewisser Seite Nahrung, so daß wohl oder übel eine erweiterte Kartellinstitution sich mit dieser Sache befassen mußte. Hier stellte Pohle den Antrag, obwohl weder der Ankläger noch der Beschuldigte erschienen war (der Angeklagte konnte nicht erscheinen, das war dem Kartell bekannt), die Kartellkommission möge beschließen, daß die Gewerkschaftsbeamten abzuwehmen seien, und dieser Beschluß zur Ausführung den betreffenden Gewerkschaften zu überweisen sei. Auf Grund eines unkontrollierbaren Gerüchtes verlangte also Pohle die Absetzung des betreffenden. Appigere Wäzen fanatischen Hasses kann wohl kaum der Boden niedriger Gesinnung hervorbringen. In der Notiz in Nr. 29 dieser Zeitung wird nun auch die funkelneulene Weisheit den Lesern zur Kenntnis gebracht, daß bei dem Benehmen der Dresdener Ortsbeamten sowie der jändigen Wäzfolger der Dresdener Verbandsleitung bei Disziplinarverfahren der Arbeiter mit den Unternehmern eine Hehe nicht notwendig, sondern schon so wie so genug Zündstoff angeammelt war. Das ist sehr schwer ist, vorwärts zu kommen, wenn eine Anzahl Mitglieder, wie Pohle, Müller, Langer, Rutscher, Köhler, jede Gelegenheit benutzen, um die Ortsbeamten öffentlich herunterzureißen und mit dem unfähigsten Unrat zu bewerfen, dürfte jedem klar sein. In welcher Weise aber die Dresdener Bevollmächtigten behandelt

werden, darüber gibt folgende uns vor einigen Tagen überlieferte Karte eine treffende Illustration. Sie lautet: „Auf Grund der mir von Ihnen gewordenen Beleidiigung fordere ich Sie auf, binnen 14 Tagen in der Metallarbeiter-Zeitung öffentliche Anklagen über Beweise gegen meine Person zu bringen. Sollte Ihnen dies nicht gelingen, so werde ich für die infame Beleidiigung mit dem Stadte in der Hand mit Hilfe verschaffen. Sie sind wohl Verbandsbeamter, aber durchaus kein Verbandsgegner. Beweise erbringe ich sofort.“ (Name unleserlich.) Jeder Kollege, der sich nur halbwegs um die Organisation gekümmert hat, weiß, daß die Generalversammlungen statutarische Bestimmungen geschaffen haben und auch diesbezüglich Anklagen eingeseht wurden, die Beschwerden über nicht „geziemendes“ Benehmen sowie gegen etwaige Vorstände des Statuts seitens der Ortsbeamten sowie der Bezirksleiter und des Vorstandes in Empfang zu nehmen, zu prüfen und auch zu entscheiden haben. In ganz Deutschland ist das auch von den Mitgliedern beachtet worden und nur Dresden hat in der letzten Zeit eine wenig räthliche Ausnahme gemacht. Da geht man einfach in die Versammlungen und dort wird der Vorstand, die Bezirksleiter, die Ortsbeamten, ganz gleich, ob diese anwesend sind oder nicht, heruntergeriffen und für Handlungen verantwortlich gemacht, die sich einzelne in ihrer blühenden Phantasie zurechtgelegt haben, oder die, wie zum mindesten ein Teil der Angreifer weiß, den Tatsachen nicht entsprechen. Wagt es ein Kollege, darauf aufmerksam zu machen, daß für diese Art „Beschwerden“ das Statut einen anderen Weg vorseht, so ist der sibirische Skandal fertig. Ist aber der unbequeme Mahner Verbandsbeamter, so wird er schon, sobald er das Wort erhält, mit allen möglichen „Liebeswürdigkeiten“ empfangen. Aber wehe dem Verbandsbeamten, der etwa die Worte, die die Angreifer gebraucht haben, wiederholt, zu dem Hinweis auf die Angehörigkeit solchen Verhältnisses kommt er dann gar nicht. Denn dann wird ein solcher Spektakel vollführt, bis der Betreffende darauf verzichtet, sich verständlich zu machen oder aber bis die Versammlung — wie es der letzten erging — polizeilich aufgelöst wird. Aber nicht allein die verhassten Beamten werden so behandelt, sondern jeder, der es wagt, eine andere Meinung zu haben und solche zu äußern. In der letzten Versammlung wurde der noch im Beruf tätige langjährig organisierte Kollege Schulz einfach heruntergeriffelt, weil er den Mut besaß, den Pohle und Kenforten entgegenzutreten. Dies geschah, trotzdem bekannt war, daß Schulz sehr oft anderer Meinung als die Verbandsleitung ist und durchaus nicht — wie man so sagen beliebt — mit ihr in ein Horn tütet. Die gewohnheitsmäßigen Handlanger sehen dann aber die Folgen ihrer Handlungsweise durchaus nicht ein, sondern reklamieren sofort die Verbandsbeamten für den schuldigen Teil, nach dem Rezept: „Galtet den Dieb.“ Beim Nachaufweg werden dann diese Verbandsbeamten mit Ausdrücken wie Schuft, Lump, Bagabund etc. regaliert. Bei der letzten Versammlung durfte sich der „Auchkollege“ Pohle ganz hervorragend in dieser Weise betätigt haben. Der wahre Grund aber, weshalb man namentlich gegen die Dresdener Ortsbeamten vorgeht, dürfte der sein, daß diese ists Mitwirkung bei statutenwidrig inszenierten Dingen versagt haben. Meinte doch ein Kollege nach einer der letzten Standaalversammlungen: „So, nun werden wohl unsere Beamten genug haben und sich nicht mehr bei jeder Kleinigkeit an das Statut halten.“ Pohle kommt nun in seiner Einseitigkeit auf jene Versammlung zurück, in der die Vorstandsvorlage diskutiert wurde und wirft mir vor, ich hätte ihm wider besseres Wissen etwas unterschoben. Pohle wird wohl sehr genau wissen, daß ich seine Bekanntheit erst in jener Versammlung machte, mithin kann ich wider besseres Wissen ihm nichts vorgeworfen haben. Gesagt habe ich, daß Pohle mit denselben Argumenten die Erwerbslosenunterstützung bekämpft hat, wie seinerzeit die Arbeitslosenunterstützung bekämpft worden ist. Wenn Pohle weiter schreibt, der Maulkorb habe in Dresden jahrelang eine Rolle gespielt, so ist dazu bemerken, daß allerdings die leitenden Kollegen sehr oft sich einen Maulkorb vorgelegt haben, aber nicht in ihrem Interesse, sondern im Interesse ihrer Angreifer. Nachdem aber Pohle und Genossen nur das niederreiben wollen, was andere durch jahrelange Mühe und Arbeit aufgebaut haben, und zu diesem Zwecke die Sache planmäßig organisieren, erfordert es das Interesse der Organisation, diesen Maulkorb fallen zu lassen. Das sieht dann, soweit Pohle in Frage kommt, wie folgt aus: „Schuldschein. Ich Endesunterzeichneter verpflichte mich hierdurch, den von mir in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter der Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu Dresden-M. veruntreuten Betrag von 244,51 Mk. an den Hauptkassier des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Herrn Th. Werner-Stuttgart, in monatlichen Raten von 10 Mk. zurückzahlen und mit der ersten Rate am 1. November 1898 zu beginnen. Dresden, den 20. Oktober 1898. (gez.) Richard Pohle.“ — Pohle hat bei der Rückzahlung, wie der Schuldschein zeigt, die Raten nicht innegehalten. Nachdem man fortwährend hinter ihm her sein mußte, ist kürzlich der letzte Rest der Schuld beglichen worden. Seit dieser Zeit erscheint auch Pohle wieder in Versammlungen und reißt gewohnheitsmäßig die herunter, die ihn damals vor dem Staatsanwalt gerettet haben. Für die Deckung der unverschuldeten Summe hat hauptsächlich seine alte Mutter Sorge getragen. Wenn Pohle weiter sich noch etwas darauf zugute tut, daß die Einsetzung in Nr. 27 nicht gerechtfertigt war, so hat er auch hier alle Ursache, vor der eigenen Türe zu kehren. In den Händen der Bezirksleitung befindet sich ein von Pohle verfaßtes und geschriebenes Schriftstück, das wir hier ebenfalls zur Kenntnis bringen möchten. Es lautet: „Werter Kollege! Sie wollen bitte in Ihrer Fabrik und in Kollegenkreisen überhaupt dafür Sorge tragen, daß zur bevorstehenden Generalversammlung in Leipzig Kollegen in Vorschlag gebracht werden, welche es sich angelegen sein lassen, den Kampfcharakter unseres Verbandes hochzuhalten. Wir empfehlen Ihnen deshalb zur Wahl die Kollegen Keller, Rutscher, Drescher, Richter, Pohle. Eine Anzahl Kollegen.“ Weshalb hat denn Pohle, der in einer der letzten Versammlungen von Wäz gemacht, die in Dresden getrieben sein soll, gesprochen hat, diese seine Wahlmache nicht mit seinem Namen gedeckt? Wohl deshalb nicht, weil er sich selbst vorge schlagen hat. Weiter oben habe ich behauptet, daß das ganze Vorgehen planmäßig organisiert sei. Auch hierfür will ich den Beweis erbringen. Die „Opposition“ hält regelmäßige Zusammenkünfte ab, in denen das Vorgehen beraten wird und die Rollen verteilt werden. Des weiteren werden auch dort die Vorschläge für Bureau von Versammlungen sowie für Mitglieder, die man in die Bezirks- und Agitationskommission hinein haben möchte, gemacht. Daraus geht mit Deutlichkeit hervor, daß es sich nicht um spontane Ausbrüche des Unwillens einer großen Zahl von Mitgliedern handelt, sondern um den wohlorganisierten Kadav einer kleinen Anzahl Spektakelbrüber. Dies zur Steuer der Wahrheit. Wäz Geldt.

Düsseldorf. Bei der Firma Maxmann & Petersmann (Schloß- und Bronzefabrik) haben wegen wiederholter Mäßregulierung die Schleifer die Kündigung eingereicht. Wahrscheinlich werden auch die übrigen Abteilungen der Fabrik in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Firma wird versuchen, Arbeitswillige, hauptsächlich aus Sachsen, Westfalen u. s. w. zu bekommen. Zugang von Schleifern, Gürtlern, Schloßbauern etc. ist streng fernzuhalten.

Essen. Die Feuerarbeiter haben für die Metallindustrie die gleiche Bedeutung wie die Bergarbeiter für die Gesamtindustrie. Ohne Feuerarbeiter läge die Metallindustrie in der kürzesten Zeit brach. Obwohl diese Leute das wissen, haben sie bis jetzt veräuert, sich der Organisation anzuschließen. Nun wird kein Mensch behaupten können, daß es den Feuerarbeitern zu gut geht. Die krafftesten Miststände sind bei ihnen vorhanden, unwillkürlich fragt der Uneingeweihte beim Anhörend der Klagen: leben wir denn wirklich im zwanzigsten Jahrhundert? Leider sind die meisten Feuerarbeiter durch ihre schwere Arbeit und die lange Arbeitszeit abgehalten, sich um ihre politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu kümmern. Und welche Behandlung wird diesen Leuten zuteil? Mit Recht sagen sie: Die Behandlung eines Pferdes ist besser wie die unfrige, das Pferd wird gepflegt, geschoht und sogar geschmeichelt; aber wie? Es wird auch für die Feuerarbeiter erbt besser werden, wenn sie zusammenhalten und sich der Organisation anschließen. Gottentoten, Kindrich, Schafsköpfe, Uel u. s. w., das sind die Rosenamen, mit denen die Feuerarbeiter von den „gebildeten“ Meistern belegt werden. Unwillkürlich werden die Leser fragen, in welcher Rude das wohl geschehen mag. Das

geschlecht auf dem Werke der Firma Krupp in Essen. Wir wollen vorläufig von der Veröffentlichung der Schimpfmeister Abstand nehmen, aber sie hiermit warnen. Bei der nächsten besten Gelegenheit, wo sie wieder Proben ihrer Bildung ablegen, sollen sie mit der ihnen zukommenden Achtung behandelt werden. Zu der schimpflichen Behandlung kommt noch die unbilligste Arbeitszeit, obwohl die Firma Krupp weiß und durch Pensionsstatut festgelegt hat, daß die Feuerarbeiter schon nach 15 Jahren pensionsberechtigt sind. Die Feuerarbeiter gehen eher zugrunde wie die übrigen Metallarbeiter, aber trotzdem läßt sich die Firma nicht dazu herbei, die Arbeitszeit dieser geplagten Leute zu verkleinern. Die Hauptfrage ist für die Firma, daß soviel wie möglich Profit zum Jahresabschluss herausgeschlagen wird. Aber nicht nur die Firma heult die Arbeiter an, zu ihr gesellen sich die Meister, die für je 100 Kilogramm ihre Procente bekommen. Und die Feuerarbeiter, na, die werden nach 15 Jahren pensioniert, wenn sie arbeitsunfähig geworden, das heißt, wenn sie nicht vorher gestorben sind. Den Feuerarbeitern aber rufen wir zu: Organisiert euch, gelbt, daß ihr es müde seid, das Leben nur von der Schattenseite kennen zu lernen, wer arbeitet, soll auch genießen. Schafft die bürgerliche Presse aus dem Hause, die Loblieder auf euer Elend singt und euch verhöhnt. Lebt die Arbeiterpresse, damit ihr gewappnet seid gegen Unterdrückung und Hohn.

Gevelsberg. Da schon seit einiger Zeit von der Gevelsberger Ferdhfabrik (W. Krefft) in allen Zeitungen Rheinlands und Westfalens Ferdhfabrik gesucht werden, ist es angebracht, sich mit der Firma einmal ein bißchen näher zu befaßen. Im November vorigen Jahres hatten die Ferdhfabrik mit der Firma Differenzen wegen Einführung einer neuen Fabrikationsmethode und weil den Ferdhfabrik von einem Meister gesagt worden war, sobald die neue Fabrikationsmethode eingeführt wäre, müßten sechs Ferdhfabrik hinaus. Dieser Meister wurde wegen Vertrauensbruch entlassen — aber daß er die Wahrheit gesagt hatte, sollte die Zukunft lehren. Wegen der Differenzen kam es zum Streit, es traten 26 Ferdhfabrik Dunderche Gewerksvereiner und zwei Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes in den Streit. Nachdem der Streit drei Tage gedauert hatte, wurde vom Streikleiter der Gewerksvereiner beim Arbeitgeberverein um Verhandlungen nachgesucht. In zwei halben Tagen wurde ein großes Protokoll aufgesetzt, das viele Pflichten für die Arbeiter enthielt, aber wenige für die Firma, und diese hat die Firma noch nicht einmal gehalten. Es heißt da im § 1 des Protokolls: „Die Firma Krefft erklärt sich bereit, die im Streit befindlichen Ferdhfabrik wieder einzustellen und Entlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden.“ Zu diesem Passus gab die Firma aber noch das mündliche Versprechen, Entlassungen könnten fast nicht vorkommen; so lange die Firma bestände, hätte sie noch keinem Ferdhfabrik gekündigt. Und sollten einmal wenig Aufträge vorhanden sein, so könnten die Leute in anderen Abteilungen untergebracht werden. Bei der Abstimmung unter den Ferdhfabrik über das Protokoll kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gewerksvereiner und ihrem Streikleiter Jakob von Essen. Die Ferdhfabrik zweifeln an dem Versprechen der Firma, weil sie die Firma kannten, und sie haben Recht behalten. Am 11. Februar d. J. belamen sieben Ferdhfabrik die schriftliche Kündigung, weil durch die Verkürzung der Arbeitszeit „Unzufriedenheit“ in der Wube herrsche, „diese müßte abgehehrt werden“, denn unzufriedene Arbeiter hat die Firma nicht gerne. Es versteht sich nun am Kande, daß da die bösen Sieben ausgesucht wurden, die die sich bei der Firma am meisten „beliebt“ gemacht hatten. Als die Kündigung erfolgt war, wurden wieder Wuberversammlungen einberufen, aber — von den Gewerksvereinermitgliedern blieben vier schon von der Versammlung weg, und als nachher ein Schriftstück unterzeichnet werden sollte, wollte keiner zuerst unterzeichnen. Und so unterließ die Ferdhfabrik. Es fand dann nochmals eine Wuberversammlung statt, bei der ein Vertreter des „Generalrats“ anwesend war, aber auch dieser geht nicht, die bösen Sieben mußten die Wube verlassen. Von dieser Zeit an konnte nun die Firma mit dem Rest der Gewerksvereinermitglieder machen, was sie wollte. Jetzt nun, bei der Höhe der Konjunktur, werden überall wieder Arbeiter gesucht, um sie nachher wieder an die Luft zu lassen. So wurde im vorigen Jahre am Weihnachtabend auch die Ferdhfabrikerei gefäubert, ein Teil der Leute bekam als „Weihnachtsgeschenk“ die Entlassung, also, Arbeiter hütet euch! Verlaßt keine gute Stellen, na bei der Firma Krefft einzutreten. Noch stärker wie der Wechsel der Arbeiter ist der prozentuale Wechsel der Meister, ein anständiger und guter Meister hält es nicht lange dort aus — fortwährend neue Gesichter! Arbeiter, an euch liegt es, die Verhältnisse zu ändern. Fort mit der Angst, fort mit Hinterlist und falschen Gedanken, hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, das muß die Lösung aller sein!

Magdeburg. Vom Glend im Stechragen. Für jeden Leser dieser Zeilen wird die nachstehende Statistik einiges Interesse bieten. Liefert sie doch den Schlüssel zu den Verhältnissen, unter denen bisher die hiesigen Elektromonteur und Berufsgenossen zu leiden haben. Es sind das Leute, die sich zum großen Teil als „bessere Arbeiter“ betrachten, aber weil schlechtere Arbeitsbedingungen haben als die Mehrzahl der nichtgeleiteten Arbeiter, zum Beispiel die Bauarbeiter u. Sie pflegten bisher den Ruf nach mehr Lohn und trösteten sich mit einem Bescheiden, den sie nur vom Hörensagen kennen. Die ungünstigen Arbeitsverhältnisse sind außerdem auf die Behringsschichterei zurückzuführen, die hier in bester Blüte steht. Sobald die jungen Leute ausgereizt haben, müssen sie anderen Platz machen, das heißt sie werden entlassen. Zu dem neuen Arbeitsverhältnis erhalten sie dann 9 bis 12 Mk. die Woche und als besondere Vergünstigung die Gelegenheit zu weiterer Ausbildung. Es kommt sogar vor, daß sich solche Gehilfen gratis angeboten haben. Das geht so bis zur Militärzeit, jedoch die Eltern, die das schwere Gehgehalt zahlen, um ihrem Sohn das „bevorzugte“ Handwerk erlernen zu lassen, bis nach Beendigung der Militärzeit Zuschüsse zu leisten haben, obgleich sie häufig darauf gerechnet hatten, am Solbue eine Stütze für die Familie zu haben. Sollte nicht der Gedanke, daß in unserer Beruf der Gehilfe so lange zu einer Last für seine Eltern wird und ihnen das Leben noch schwerer macht als es ohnehin schon ist, das Gehgehalt unserer Berufsgenossen wecken, auf daß sie nach einem Ausweg suchen, nämlich durch die Hilfe der Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, zu besseren Arbeitsbedingungen zu gelangen? Uns liegen die Resultate von neun Versuchen vor, wenn auch nicht vollständig. Danach haben sich 60 Kollegen an der Statistik beteiligt, von denen 26 organisiert sind, und zwar 22 im Metallarbeiter-Verband und 4 im Gewerksverein (Hirsch-Dumcker). Der jeßigste Gehgehalt beträgt 60 Pf., der Mindestlohn 20 Pf., und der Durchschnittslohn 39,07 Pf. die Stunde. Es verdienen 5 Kollegen 20, 1 25, 7 30, 1 31,5, 1 32, 1 33, 1 33,5, 6 35, 3 38, 7 40, 3 42,5, 17 45, 1 47, 1 48 und 4 50 Pf. In der Statistik beteiligten sich von der Firma:

Name	Personen	Gehgehalt	Mindestlohn	Durchschnitt
G. Hefehauer	10	45,0 Pf.	35 Pf.	40,0 Pf.
Thormeyer & Co.	3	42,5	30	38,5
Magdeburger Elektromonteur	5	39,0	30	34,2
Privat-Telephon-Gesellschaft	6	50,0	30	44,5
Allgemeines Elektromonteur	6	45,0	45	45,0
Carlson-Rundholz	3	50,0	32	40,7
Städtische Elektromonteur	7	47,0	20	34,0
Albert Heider	13	48,0	20	35,3
Militärische Inf.-Gesellschaft	3	39,0	20	25,0

Hüten sich sämtliche hier in der Branche tätigen Leute beständig, so wäre der Durchschnitt noch geringer, denn gerade die Kollegen mit den niedrigen Löhnen haben sich aus Schamgefühl nicht beteiligt. Aber auch die vorliegenden Zahlen zeigen, was dem ganzen Gewerbe noch fehlt. Einem jeden klar und verständlich bedenkend Menschen muß es doch wohl einleuchten, daß ein einzelner nichts erreichen kann. Unsere Kollegen, schließt sich zusammen, organisiert euch! Laßt euch nicht durch den im Verhältnis zum Lohn gewöhnlich geringen Beitrag abschrecken! Sagt nicht: „Sagt man sich einen Nutzen haben“, aber: „Ich verliere genug, darum brauche ich die Organisation nicht.“ Sagen, macht nicht die Hand in der Tasche! Was selbst für den unorganisierten Arbeiter möglich ist, die Befreiung seiner Lage, ist für euch unerschütterlich, wenn ihr weiter der Organisation feindlich

Herr Thormeyer wird dann nicht der einzige bleiben, der die Landzulage übersteigt und auch noch andere Abzüge macht. Tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. Er allein ist stark genug, unsere Ansprüche mit dem nötigen Nachdruck zu versehen.

Costingen-Nachricht. Der Streit der Solalisten bei Hammesfahr und die ablehnende Stellung des Metallarbeiter-Verbandes dazu ist noch immer etwas, was die Arbeiterstimme nicht verstehen und deshalb auch nicht verstehen kann. Sie beantwortet die letzten Berichte in der Metallarbeiter-Zeitung wiederum in einer Art, daß die Leser der Metallarbeiter-Zeitung zu kurz kommen würden, wenn wir ihnen das vorenthielten. Man schreibt also: „In der Metallarbeiter-Zeitung wird über die Streikbewegung bei Hammesfahr fortlaufend Bericht erstattet, und zwar in einer Weise, die draußen den Anschein erwecken soll, als sei seitens des Metallarbeiter-Verbandes eine Taktik in Anwendung gekommen, die als das non plus ultra einer gewerkschaftlichen Aktion zu betrachten sei. Auffällig ist auch das Bestreben in der Berichterstattung, Herrn Hammesfahr gegenüber den Genossen zu spielen, während man auf der anderen Seite offen sagt, die Redaktion der Arbeiterstimme und die Solalisten wollten Herrn Hammesfahr Unannehmlichkeiten bereiten. In der letzten Nummer des Verbandsorgans der Metallarbeiter finden wir wieder eine Notiz aus Solingen, die wir des charakteristischen Inhaltes wegen allen unseren Lesern zugänglich machen wollen.“ (Hier folgt der Bericht der Nr. 81 der Metallarbeiter-Zeitung.) Es heißt dann weiter: „Zu dieser Blüte „objektiver“ Berichterstattung“ haben wir zu bemerken, daß mit unserer Notiz weder den Metallarbeitern noch Herrn Hammesfahr Anspieß zwischen die Beine geworfen werden sollten, daß sie auch den Tatsachen vollauf entsprach. Die Kündigungsschrift war für die Metallarbeiter abgelesen und nun mußte sich entscheiden, was zu geschehen hatte. Hammesfahr setzte die Verhandlungen mit der Verbandsleitung in der Voraussetzung fort, daß weitergearbeitet wurde, und sagte ein Entgegenkommen zu. Am Montag brachten wir die in Frage stehende Notiz, nach der Hammesfahr die Regelung der Lohn- und sonstigen Forderungen zugesagt hatte. Wenn wir aber weiter in jener Notiz sagten: „Direkte Erfolge“ sind nicht erzielt, so bezog sich das selbstverständlich auf die Tatsache, daß ein Tarifabschluss bis Montag nicht zustande gekommen war, weil auch noch andere Arbeiterkategorien im Tarif zu berücksichtigen seien. Diese Mitteilungen sind nicht von der „Sache“, sondern von den Vätern, die mit dabei gewesen“ sind. Am Mittwochabend fand dann eine Versammlung der Hammesfahr-Metallarbeiter statt, in der die Genossen Sandler und Spiegel anwesend waren und die dazu führte, daß die von Hammesfahr und der Verbandsleitung gestellten Propositionen akzeptiert wurden. Als weitere Folge dieser Versammlung erschien dann jene Bekanntmachung, die von Lohn-erhöhungen und sonstigen Zugeständnissen sprach und die einen Beweis dafür brachte, daß bis dahin die Sache unentschieden und unsere Notiz berechtigt war. Es ist äußerst interessant, daß die Zeitung des Verbandes nach Erscheinen unserer Notiz Herrn Hammesfahr antelephonierte und ihm sagte, daß sie mit jolcher Berichterstattung nichts gemein habe. War diese Antelephoniererei denn wirklich nötig? Ist die Redaktion der Arbeiterstimme für Herrn Hammesfahr gleichbedeutend mit dem Metallarbeiter-Verband? Wie funktvoll und zart muß das geschaffene Tarifgebäude sein, wenn es durch eine Zeitungsnote, die wohl wahr, aber verschiedenen Leuten nicht in den Kram paßt, zum Einsturz gebracht werden könnte! Es wird nicht ohne Interesse sein, zu erfahren, was denn Herr Hammesfahr überhaupt bewilligt hat. In der Walder Volksversammlung, die sich mit der Kündigung der Metallarbeiter bei Hammesfahr befaßte, hat Genosse Sandler ausgeführt, daß der bei der Firma Hammesfahr seitens der Metallarbeiter eingereichte Tarifentwurf in der Arbeiterstimme veröffentlicht werden solle, wenn der Redaktion nicht zu viel Arbeit mache. Bis heute haben wir von dem in Frage kommenden Tarifentwurf natürlich noch nichts gesehen, mithin können wir auch nicht wissen, welche Forderungen von diesem Tarif bewilligt und welche unter den Tisch gefallen sind. — Ganz deplaziert ist der Hinweis auf den Boykott des Hammesfahr-Warenzeichens. Die Streikkommission hatte beschlossen, den Boykott zu empfehlen; wir trennten die Mitteilung dieser Tatsache durch einen Strich, um anzudeuten, daß der Metallarbeiter-Verband mit dem Boykott der Hammesfahr-Waren nichts zu tun habe, sondern nur die aus den Vorständen der Solalistenorganisationen zusammengesetzte Streikkommission sich mit dem Boykott befaßt habe. Die Metallarbeiter-Zeitung, beziehungsweise deren Berichterstatte, nennt nun die Verhängung eines Boykotts eine „persönliche Antikamerei“! Da hört denn doch alles auf! Der Boykott ist ein wirtschaftliches Kampfmittel, das Kampfmittel allein die gewollte Wirkung nicht erzielt! Der Boykott der rheinischen Arbeiter war denn auch wohl eine „persönliche Antikamerei“ der Brauereigewaltigen? Warum ist man so entsetzt über einen geplanten Boykott der Hammesfahr-Waren? Haben wir nicht gleich in der Notiz gesagt, daß wir die Wirkung eines solchen Boykotts für sehr fragwürdig halten? Haben wir uns mit der Absicht der Streikkommission einverstanden erklärt? Nun ist in dem Bericht weiter davon die Rede, daß die hiesige Arbeiterstimme den Boykott nicht beschließen wird. Woher weiß man das? Ist der Metallarbeiter-Verband die Solinger Arbeiterstimme? Die Solalisten haben nun aber in der gesamten Parteipresse (ohne Mithilfe der Redaktion) den Boykott proklamiert und unseres Erachtens ist es ihr Recht, alle Mittel in Anwendung zu bringen, um Hammesfahr zu zwingen, mit den in Frage kommenden Organisationen zu verhandeln. Die Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes kann dem Boykott nurmehr entgegenzutreten und mit stichhaltigen Gründen zu beweisen versuchen, daß es sich bei einem Boykott nur um eine persönliche Antikamerei handelt. Die Älten über den Streit bei Hammesfahr sind noch nicht geschlossen; es wird sich später für die Gewerkschaften noch Gelegenheit bieten, auf manche wertwürdige Erwähnung besonders zu sprechen zu kommen. Wir aber jederzeit fortgesetzt der Gegenstand unberechtigter Angriffe und Verdächtigungen zu sein. Es kann schließlich kein Mensch verlangen, daß sich der Angegriffene passiv verhält und ruhig zuseht, wie man ihn mit allen Bedrohungsartikeln und verzweifeltsten Kapriolen ins Unrecht zu versetzen sucht. Wir huldigen gegebenenfalls auch dem Grundgesetz: Auf einen Schaden anderthalb! Der „objektive“ Berichterstatte der Metallarbeiter-Zeitung scheint auch zu jenen Menschen zu zählen, die sich einbilden, gegen andere dreist losfahren zu können, die aber Wälder und Kläber schreien, wenn die Angegriffenen sich energisch zur Wehr setzen. Wenn die „objektive“ Berichterstatte der Metallarbeiter-Zeitung weitere derartige eigenmächtige Blüten zeitigen sollte, werden wir lernen Anstand zu zäumen, das frivole „Kapitel“ von Anfang an zu zerstampfen. Wer dabei dann den Kürzeren ziehen wird, dürfte sich ja bald zeigen. Auf alle Fälle wird aber der „objektive“ Metallarbeiter-Zeitungs-Berichterstatte das letzte Wort nicht haben. Wir werden uns vor wie nach mit der Tatsache abfinden, daß sich eine Anzahl Solalistenorganisationen mit der Firma Hammesfahr in Differenzen befinden, deren Interessen wir als Arbeiterblatt verpflichtet sind zu vertreten. Die Betreibung der Händler- und Fabrikanteninteressen wissen wir auch jenseitig dem Berichterstatte der Metallarbeiter-Zeitung überlassen. Feststellen wollen wir bei dieser Gelegenheit noch einmal, daß wir bei unserer Stellungnahme im Hammesfahr-Streit — soweit wir in Frage kommen — uns stets in der Abwehr befinden haben. Unsere Schuld ist es nicht, wenn wir was, mehr wie uns lieb ist, ständig mit einer Sache befaßt werden müssen, die schon so viel böses Blut erzeugt hat. Wir haben auch kein Interesse daran, die Arbeiterstimme noch mehr, wie dies schon von anderer Seite geschehen ist, durcheinander zu hegen. Von unserem bisher eingenommenen Standpunkt werden wir uns aber keinesfalls ablenken und uns zu einer Stellungnahme in den bestehenden Differenzen drängen lassen, die für die Gesamtarbeiterstimme, sowohl in gewerkschaftlicher wie politischer Beziehung, verhängnisvoll werden könnte.“ — So — jetzt wissen wir, was wir im vorans zu sagen konnten. Wir wissen, daß die Rückständigkeit der Organisationen in der Arbeiterstimme schlimmer als in den Solalistenorganisationen selbst zu Hause ist, wir wissen, daß Nachsichtstrategie und persönliche Neugiererei höher steht, als Aufklärung über den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung. Und weil wir wissen, daß

man an jener „ausständigen Stelle“ sich das Recht anmaßt, über Streit und Boykotts zu befinden, als ob alles nur ein Kinderpiel wäre, weil wir ferner wissen, daß die Herren, die das Schreiben, keine Verantwortung zu übernehmen haben, deshalb ist manches erklärlich. Aus diesen Gründen sollen die Herren auch das letzte Wort haben — in der Arbeiterstimme.

Rundschau.

Die hohen Arbeitslöhne der bayerischen Metallarbeiter.
In dem Artikel in Nr. 31, Seite 241, ist angegeben, daß die Sandformer in Düsseldorf nur 15 Mk. verdienen. In der Statistik, der diese Angaben entnommen sind, ist jedoch auch die Zahl der Former, die diesen Lohn verdienen, angegeben. Und diese beträgt nur zwei! Dagegen sind 168 Sandformer als in Akfordlohn arbeitend angegeben. Die zwei Sandformer sind jedenfalls als Zugewinnliche zu betrachten. Die Schlussfolgerung, daß die Sandformer in Düsseldorf in Taglohn weniger verdienen als in Nürnberg, ist deshalb nicht zutreffend. Von den 168 in Akfordlohn arbeitenden Sandformern verdienen nach der Statistik die Stunde: 14 Mann 89 bis 40 Pf., 2: 41 bis 42, 15: 43 bis 44, 16: 47 bis 48, 14: 49 bis 50, 82: 51 bis 55, 39: 56 bis 60, 29: 61 bis 65, 6: 66 bis 70, 1: 71 bis 75 Pf.

Aus deutschen Gewerkschaften.
Die Aussperrung der Textilarbeiter im sächsisch-thüringischen Industriebezirk scheint einen für die Arbeiter glänzenden Verlauf zu nehmen. Zwischen Vertretern der Fabrikanten und der Arbeiter in Glauchau-Meerane fanden Verhandlungen statt, wobei von den Unternehmern ein Minimallohn von 14,70 Mk. pro Woche für Arbeiter (gefördert waren 15 Mk.) und von 9 Mk. für Arbeiterinnen zugestanden wurde. Die Arbeiterversammlung nahm diesen Vorschlag an. Montag den 14. August sollte in Glauchau-Meerane die Arbeit wieder aufgenommen werden. Aus den anderen Orten des Bezirkes sehen Mitteilungen noch aus.
Der Verband der Textilarbeiter hat sich durch die Aussperrung in Sachsen und Thüringen veranlaßt gesehen, einen Extrabeitrag von wöchentlich 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder auf die Dauer von vier Wochen auszusprechen.
Der Verband der Maschinisten und Heizer Deutschlands zählte am Schlusse des zweiten Quartals 10016 Mitglieder. Im Jahre 1893 gegründet, begann der Verband seine Tätigkeit mit 1000 Mitgliedern. Dem nächsten Verbandstag soll eine Vorlage auf Anstellung besoldeter Gauleiter unterbreitet werden, um besonders im Königreich Sachsen eine größere Agitation entfalten und den sächsischen Verband der Maschinisten und Heizer zum Anschluß bewegen zu können.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein hielt vom 20. bis 22. Juli seine Generalversammlung in Hamburg ab. Der bekannte Beschluß dieses Verbandes, sich der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands anzuschließen und mit der Deutschen Gärtnervereinigung zu verschmelzen, unter Führung des damaligen Geschäftsführers Wehrens, splitterte einen Teil der Mitglieder ab, um einen „christlichen“ Verband ins Leben zu rufen. Wehrens hat dieser seiner Schöpfung inzwischen den Rücken gekehrt, jedenfalls weil er die Aussichtslosigkeit seines Unternehmens eingesehen hat, und ist besoldeter Beamter des „christlichen“ Gewerksvereins der Bergleute geworden. Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein dagegen hat sich unter seiner neuen Leitung prächtig entwickelt und zählt über 3000 Mitglieder. Der Verbandstag erhöhte den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 35 Pf., für weibliche auf 20 Pf. Bei größeren Streiks und Aussperrungen kann der Vorstand auf die Dauer bis zu 3 Wochen einen Extrabeitrag bis zu 25 Pf. die Woche erheben. Ferner wurde die Bildung von 8 Agitationsbezirken beschlossen. Die Streikunterstützung wurde für Ledige auf 9 Mk., für Verheiratete auf 10 Mk. und für jedes Kind auf 50 Pf. festgelegt. Heizer- und Arbeitslosenunterstützung gewährt der Verband 1 Mk. den Tag, ebenso Umzugsunterstützung bei Entfernungen von mindestens 50 Kilometern.

Die Bauarbeiteraussperrung im Ruhrrevier ist durch den von uns bereits mitgeteilten Beschluß der Bauarbeiter, nunmehr Forderungen aufzustellen und vor deren Bewilligung die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, in ein neues Stadium getreten, da infolgedessen auch die nicht ausgesperrten Bauarbeiter die Arbeit eingestellt haben. So streiken in Essen circa 1500 Arbeiter, wovon etwa 600 dem christlichen Bauhandwerkerverband angehören. Die Bauunternehmer haben sich hilfesuchend an den preussischen Minister des Innern gewandt, um Erleichterungen bei Verwendung ausländischer Arbeiter zu erlangen. Sie erhielten dann auch beruhigende Zusicherungen, auch für tatkräftigen Schutz der Arbeitswilligen. Mehr kann von einem preussischen Minister ja überhaupt nicht verlangt werden.

Der Gewerksverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter, der sich beim rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreik aus den vom gewerkschaftlichen Zentralrat gesammelten Geldern 9000 Mk. zurück-erhalten ließ, hat auch bei der bayerischen Aussperrung mit Hilfe des Zentralrats für sich sammeln lassen. In Nr. 31 des Regulator werden nun alle Ortsvereine aufgefordert, Sammellisten zurückzuführen zu lassen, die vom Generalrat ausgegeben werden.
Wir konstatieren dies nur deshalb, weil daraus hervorgeht, daß es mit der „gutfundierten“ Kaffe des Gewerksvereins doch nicht so gut bestellt sein kann, wie es immer hingestellt wird. Erinnerung ist ja auch noch, in welcher pharisäerhafter Weise in früheren Jahren die Herren Gewerksvereinsleiter über den Deutschen Metallarbeiter-Verband geurteilt haben, wenn er Sammellisten ausgab. Die Zeiten haben sich nun geändert: Der Metallarbeiter-Verband „bettelt“ nicht mehr, das überläßt er nun dem „gutfundierten“ Gewerksverein.

Was sind „Öffentliche Angelegenheiten“?
Die Verwaltungsstelle der Königshütte des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte am 8. Dezember 1904 eine Versammlung, in der der Bezirksleiter Schlegel aus Breslau über die Einführung der Unterführung bei Erwerbslosigkeit sprechen sollte. Vorher erfolgten die Neuwahlen der Vertrauensmänner und wurden Rassenberichte gegeben. Zu dem Schlegelschen Referat, das zugleich die Begründung für eine Erhöhung der Beiträge geben sollte, kam es nicht, da die inzwischen erschienene Polizei es verhinderte, mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung nicht polizeilich angemeldet worden war. Die Polizei nahm eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten an. Der Bevollmächtigte D. der Verwaltungsstelle, der die Mitglieder eingeladen hatte, wurde deshalb wegen der Unterlassung der polizeilichen Meldung angefaßt und in zweiter Instanz auch vom Landgericht Benthzen zu einer Geldstrafe verurteilt. Es führte aus: Wenn D. meine, es habe sich nicht um öffentliche Angelegenheiten, sondern nur um innere Vereins- und Verbandsangelegenheiten gehandelt, so treffe das nur auf die Wahlen der Vertrauenspersonen und auf den Rassenbericht zu, nicht aber auf den in Aussicht genommenen Vortrag Schlegels. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung betreffe nicht nur die sozialen Lebensbedingungen der Mitglieder des ganzen großen Metallarbeiter-Verbandes, sondern auch noch darüber hinaus die einer ganzen Gesellschaftsklasse. Mit solchen Einrichtungen greife der Verband in den Bereich der sozialen Gesetzgebung ein, da es sich um Versicherungs-einrichtungen größeren Stiles handle. Die Erörterung dieser Frage sei eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten. Somit sei, weil eine solche Erörterung bezweckt war (wenn sie auch unterließ), die Anmeldung nötig gewesen. D. als Einberufer sei darum auf Grund der §§ 1 und 12 des Vereinsgesetzes zu verurteilen.
Das Kammergericht hob am 9. August dies Urteil auf und verwies die Sache noch einmal an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Es sei keine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, wenn über die Einführung der Unterführung der Mitglieder des Verbandes gegen Erwerbslosigkeit verhandelt werden sollte. Denn diese Angelegenheit gehe nur die Mitglieder des Verbandes an und nicht die Öffentlichkeit. Es werde nicht in die soziale Gesetzgebung eingegriffen, wenn neben der staatlichen Ver-

Ausgaben:

Nach: Wlbershof 75. Altenhunden-Rickenbach 35. Altwasser 50. ...

an denselben 15,88. Bureauante 275. Drucksachen und Marken 2491.

Bilanz:

Einnahmen 1484018,96 Mk. Ausgaben 14884,98

Literarisches.

Die Dokumente des Sozialismus, Hefte für Bibliographie, Geschichte und Urkunden des Sozialismus, herausgegeben von Eduard Bernstein.

Verbands-Anzeigen.

Grid of 48 small notices for various trade unions and associations, including dates and locations for meetings.

Advertisement for '30 Tage zur Probe!' featuring a pocket watch and a 5-year warranty.

Advertisement for 'Orkan-Fahrräder' (Orkan Bicycles) with technical specifications and prices.

Advertisement for 'Die Praxis des Metallarbeiters' (The Practice of the Metal Worker) book series.

Advertisement for 'Urania' bicycle brand, highlighting quality and price.

Advertisement for 'Umsont' pocket watches, featuring a watch image and 'Pracht-Katalog'.

Advertisement for 'Lebens-' (Life) watches, emphasizing durability and quality.

Advertisement for 'Musikinstrumente' (Musical Instruments) with a list of instruments.

Advertisement for 'Strickmaschinen' (Knitting Machines) with technical details.

Advertisement for 'Echt blaue Körper-Anzüge' (Real Blue Body Suits).

Advertisement for 'Hygienische' (Hygienic) products.

Advertisement for 'WER' (Who) seeking a position.

Advertisement for 'Deutsche erste Klasse' (German First Class) bicycles.

Advertisement for 'Verlangen Sie' (Demand You) cigars and tobacco.

Advertisement for 'Gold- und Silberwaren' (Gold and Silver Goods) including watches and jewelry.

Advertisement for 'Julius Busse' watch and instrument shop.

Advertisement for 'Optische Artikel' (Optical Goods) including eyeglasses and cameras.